

Reportage zum Demografischen Wandel in Hanau

Schrift 5:
Die Nachhaltigkeit in der
(lokalen) Politik
aus demografischer Sicht



Der Magistrat

Stabsstelle Demografie

Impressum

Herausgeber

Brüder Grimm - Stadt Hanau

Stabsstelle Demografie

© Dipl.-Pädagoge Lothar Hain

Am Markt 14 - 18

63450 Hanau

Fon: 0 61 81 / 295 354

Lothar.Hain@hanau.de

Hanau, Mai 2009

Vorwort

Seit der Uno-Konferenz von Rio de Janeiro im Jahre 1992 ist „Nachhaltigkeit“ zu einem Schlüsselbegriff der Politik geworden. Was bedeutet „Nachhaltigkeit“ in der (kommunalen) Politik, und wie lässt sie sich umsetzen?

Nachhaltigkeit hat drei Dimensionen: Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn also von nachhaltiger Politik die Rede ist, so muss diese Politik erstens umweltverträglich, zweitens volkswirtschaftlich effizient und drittens sozial gerecht sein. So weit die Theorie.

In der Praxis braucht es „konkrete Kriterien“, um „Nachhaltigkeit“ messen zu können.

Die „konkreten Kriterien“ müssen erarbeitet werden. Sie müssen von der lokalen Politik im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gefunden werden und sie müssen „umsetzungsfähig“ sein. Auch hier gilt: weniger ist mehr.

Die vorliegende Schrift „Die Nachhaltigkeit in der (lokalen) Politik“ im Rahmen der „Reportage zum demografischen Wandel in Hanau“ will einen Ein- und Überblick über das Thema „Nachhaltigkeit“ geben und einen Impuls für die weitere Diskussion liefern.

Claus Kaminsky, Oberbürgermeister



Inhalt

0. Editorial	6
1. Einleitung	10
1.1. Nachhaltigkeit hat Konjunktur	10
1.2. Drei-Säulen-Modell	15
1.3. Brundtland-Report 1987 - Unsere gemeinsame Zukunft	16
1.4. „Perspektiven für Deutschland“ - Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung	18
1.5. Rat für Nachhaltige Entwicklung	22
1.6. Nachhaltigkeitspolitik in den Bundesländern	23
1.7. Nachhaltigkeitspolitik in Hessen	23
1.8. Global denken - lokal handeln	26
2. Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung	28
2.1. Die acht Managementregeln der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene	29
2.2. Indikatoren und Ziele auf Bundesebene	30
2.3. Indikatoren und Ziele verschiedener Kommunen	32
2.4. Leitbild der Stadtentwicklung Hanau	36
2.5. Der Agenda 21 - Prozess in der Stadt Hanau	39
2.6. Stadtentwicklungsprozess „Modell Hanau - Zukunft mit Bürgern“	41
3. Ziele, Indikatoren sowie Maßnahmen und Projekte	42
3.1. Grundlagen	42
3.2. Matrix einer lokalen Nachhaltigkeitsstrategie für Hanau aus demografischer Sicht	43
4. Literatur- und Quellenverzeichnis	50
<u>Anhang</u>	
Anlage: Definitionen des DUDEN	51
Anlage: Definitionen der Indikatoren	52
Anlage: Analyse ausgewählter Nachhaltigkeitsberichte: Zusammenfassung	55
Anlage: Die 10 Managementregeln der Nachhaltigkeit	62

0. Editorial

Heute kommt niemand und nichts mehr ohne „Nachhaltigkeit“ aus. Ein kurzer Blick auf die Internetseite des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit offenbart Überschriften wie „Nur nachhaltig erzeugte Biomasse schützt das Klima und leistet Beitrag zur Versorgungssicherheit“, „Nachhaltig und innovativ: Perspektiven für den ländlichen Raum“, „Nachhaltigkeitspolitik als Schlüssel zur Bewältigung von Klimawandel und Finanzkrise“ und „Nachhaltigkeitspolitik ist auch Antwort auf Finanzkrise“¹ und was braucht die Nachhaltigkeit? Antwort: „Nachhaltigkeit braucht unternehmerische Führung“!

Schon 2003 veröffentlichte der Rat für Nachhaltige Entwicklung die erste Auflage des „Nachhaltigen Warenkorb“ mit vielen praktischen Tipps in wichtigen Bereichen des Konsums: über Lebensmittel, Textilien, Waschen und Reinigen, Kosmetik, Spielzeug, Haushaltsgeräte, Fernsehen, Computer, Reisen, Renovieren, Auto bis zum Strom, zur Renovierung und auch der Geldanlage erfährt der (mündige) Bürger alles über den (seinen) nachhaltigen Konsum.

Die „Nachhaltigkeit“, so scheint es, ist überall dabei.

So entwickeln Unternehmen heute „nachhaltigste Strategien“ (2. Steigerungsform für Adjektive!), haben (selbstverständlich) einen „nachhaltigsten Einkauf“ und eine „nachhaltige Produktion & Logistik“ sowieso, bringen „nachhaltigste Produkte & Dienstleistungen“ unter das Volk, an die Frau und den Mann, mittels eines „nachhaltigsten Vertrieb“.²

Im „Duden - Das Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache“ wird ausgeführt, dass das Wort **nachhaltig** »lange nachwirkend, stark ein seit dem Ende des 18. Jh. bezeugtes Adjektiv eine Ableitung von dem heute veralteten (!) Substantiv **Nachhalt** »etwas, das man für Notzeiten zurückbehält, Rückhalt« sei.

Demzufolge ist Nachhaltigkeit eine - überspitzt formuliert - antiquierte Bezeichnung für „schwäbische“ Sparsamkeit. Eine für unsere Gegenwart brauchbare(re) Beschreibung begegnet uns im „Duden - Deutsches Universalwörterbuch“. Dort finden wir für nachhaltig und Nachhaltigkeit folgende Definitionen³:

nach|hal|tig <Adj.>:

¹ Eventuell auch: Durch eine „nachhaltige Finanzpolitik“ hätte eine Finanzkrise vermieden werden können!?

² Siehe: Deutscher Nachhaltigkeitspreis weiter unten

³ Siehe auch Anhang: Definitionen des DUDEN

1. sich auf längere Zeit stark auswirkend: einen -en Eindruck hinterlassen; jmdn. n. beeinflussen; etw. wirkt sich n. aus.
2. (Forstw.) die Nachhaltigkeit betreffend, auf ihr beruhend: -e Forstwirtschaft.

Nach|hal|tig|keit, die; -:

1. längere Zeit anhaltende Wirkung.
2. (Forstw.) forstwirtschaftliches Prinzip, nach dem nicht mehr Holz gefällt werden darf, als jeweils nachwachsen kann.

Nachhaltigkeit war also zunächst ein für Notzeiten gedachter „Rück(be)halt“ einer Ressource, eines Kapitals für später und ist heute u.a. etwas, das einen bleibenden Eindruck hinterlässt und eine „längere Zeit anhaltende Wirkung“ entfaltet. Die Nachhaltigkeit hat sich aus einer konservativen Passivität, einer Reaktion auf (Natur-) Ereignisse bzw. erahnte Ereignisse zu einer progressiven Aktivität, die durch Aktion, durch Handlung gestaltet, entwickelt. – Die Macht der Konsumenten ist erwacht.

Es gibt ein Dilemma mit der Nachhaltigkeit, und dieses wird in der „Zweiggestalt“ der Nachhaltigkeit offenbar.

Wir gehen bei der Um- und Beschreibung von Prozessen und Produkten, bei der Nutzung des Adjektivs „nachhaltig“ davon aus, dass das folgende Hauptwort, das der bezeichnete „Gegenstand“, sei es nun ein Prozess oder ein Produkt, stets etwas Gutes ist und seinen Beitrag zum Wohl von Menschen, Fauna und Flora leistet. Wir erwarten, dass ein bleibender Eindruck und eine auf längere Zeit anhaltende (positive und politisch korrekte) Wirkung entstehen. Uns, unseren Nachbarn und unseren Nachkommen, soll es mit unseren Entscheidungen (auch) „gut gehen“.

Ein bleibender Eindruck und auch eine längere Zeit anhaltende Wirkung entstehen beim Bau von Landebahnen, dem Betrieb von Atomkraftwerken und dem Verbrauch von Rohstoffen.

Es zeigt sich hier bereits kurz, dass bei allem anzuerkennenden Bemühen „um Nachhaltigkeit“ wir die jeweiligen Definitionsmächte, was denn nun Nachhaltigkeit bedeutet und ausmacht, nicht außer Acht lassen dürfen. Nachhaltigkeit ist keine Norm; sondern „nur“ Anspruch. Und diesen Anspruch, sich nachhaltig zu verhalten, den nehmen heute viele für sich, (fast) alle in Anspruch.

Die Debatte um und über Nachhaltigkeit ist eine Ethikdebatte.

Die Absichten der UN, der Regierungen dieser Welt, der Bundesregierung, der Länderregierungen und der Kommunen sowie der Wirtschaft in Deutschland, eine „nachhaltige“ Entwicklung zu gestalten, die ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimensionen quer und vernetzt zu denken, sind wichtige Schritte für das weitere Leben der Erde und dessen, was sich darauf abspielt, abspielen kann, abspielen soll(t)e.

Im Folgenden wird, ausgehend von der provozierenden Aussage „Nachhaltigkeit hat Konjunktur“, zunächst versucht, die unterschiedlichen Bemühungen von Politik und Wirtschaft um das „weite Feld“ Nachhaltigkeit zu umreißen.

Es folgt dann eine kurze Darstellung des „Managementkonzept der Nachhaltigkeit“ wie im Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Seite 206ff) der Bundesregierung beschrieben und eine Übersicht über die 21 Indikatoren und Ziele, ausführlich dargestellt im Indikatorenbericht 2008 „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden (Seite 62ff).

Diese 21 „Schlüsselindikatoren“ sowie die „Analyse ausgewählter Nachhaltigkeitsberichte: Zusammenfassung“ der Stabsstelle Umwelt/Agenda 21 der Stadt Hanau bilden dann unter Berücksichtigung des „Leitbild der Stadtentwicklung Hanau“ von 1998, der Empfehlungen des Agenda 21 - Prozesses (September 2002) und des Stadtentwicklungsprozesses „Modell Hanau - Zukunft mit Bürgern“ (2002ff) das Gerüst für mögliche Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt Hanau.



1. Einleitung

1.1. Nachhaltigkeit hat Konjunktur

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wird von der Suchmaschine Google ungefähr 3.230.000 mal weltweit und auf deutschen Seiten immerhin 1.970.000 mal gefunden. Nachhaltigkeit hat – so scheint es insbesondere in Deutschland – Konjunktur.

Der Begriff Nachhaltigkeit hat Eingang in unsere Sprachwelt gefunden. Die Definition des Begriffes ist dabei nicht immer eindeutig. Nachhaltigkeit soll unseren Lebensstil prägen und bestimmen. Etwa seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich – vornehmlich bei Personen mit mindestens durchschnittlichem Einkommen und Bildung – ein Lebensstil und mit diesem auch ein Konsumtyp herausgebildet, der durch sein Konsumverhalten und gezielte Produktauswahl Gesundheit und Nachhaltigkeit fördern will: LOHAS – „Lifestyle of Health and Sustainability“.

Die Nachhaltigkeit ist im bundesdeutschen Alltag angekommen. Sie ist angekommen bei den interessierten („gebildeten“) und wirtschaftlich wohlständigen Bürgerinnen und Bürgern.

Politik und Wirtschaft besetzen auf ihre eigene Art und Weise das Thema: „Deutscher Nachhaltigkeitspreis“, Förderpreis „Nachhaltiger Mittelstand“ der EthikBank, Nachhaltigkeitspreis der Lammsbräu aus Neumarkt, Nachhaltigkeitspreis des Landes Schleswig-Holstein, „Zeitzeichen 2009 – Deutscher Lokaler Nachhaltigkeitspreis“ des ‚Netzwerk21-Kongress‘⁴ und „Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ des ‚Rates für Nachhaltige Entwicklung‘⁵ der Bundesregierung sowie der ‚SEED Awards‘⁶, der von der ‚United Nations Commission on Sustainable Development‘ vergeben wird, sind nur einige Beispiele wie und in welcher Weise Nachhaltigkeit national und auch international „in aller Munde“ ist.

⁴ <http://www.netzwerk21kongress.de>

⁵ <http://www.nachhaltigkeitsrat.de>

⁶ SEED = Supporting entrepreneurs for sustainable development

So nahm beispielsweise der Prinz von Wales am 29. April 2009 in Berlin den Deutschen Nachhaltigkeitspreis entgegen.

- **Deutscher Nachhaltigkeitspreis**

Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis wird an Unternehmen vergeben, die vorbildlich wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Verantwortung und Schonung der Umwelt verbinden - und nachhaltiges Handeln zu weiterem Wachstum nutzen. Im Fokus stehen konsequentes Nachhaltigkeitsmanagement und markenprägende Kommunikation zu Nachhaltigkeitsthemen.

Prinz Charles wurde in Begleitung seiner Gattin, der Herzogin von Cornwall, im Rahmen eines Dinnerempfangs für sein langjähriges Engagement im Bereich nachhaltiger Entwicklung mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Anlässlich der Preisverleihung wurden dem Thronfolger vier deutsche Unternehmen vorgestellt, die sich für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft engagieren. Auf der hochkarätigen Veranstaltung in Berlin-Mitte fiel der Startschuss für den Wettbewerb um den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2009. Höhepunkt des Abends war eine Grundsatzrede des Prinzen zu globaler Nachhaltigkeit.

Der Prinz würdigte die Bemühungen und Errungenschaften Deutschlands um den Umweltschutz. Auf der einen Seite treibe Deutschland den Umweltschutz voran, auf der anderen Seite schaffe es damit zugleich Arbeitsplätze, kurbele die Wirtschaft an. „Ihre Ingenieurleistungen sind wirklich bemerkenswert“, lobte Charles in Richtung des Publikums, in dem zahlreiche Unternehmer und Wirtschaftsvertreter versammelt waren.⁷

Der britische Thronfolger wies auf die Zerbrechlichkeit und die Komplexität des Ökosystems hin. „Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit“, sagte er und forderte gemeinsame Anstrengungen zum Umweltschutz.

Zu den Gästen im historischen Innenhof des Deutschen Historischen Museums gehörten unter anderem auch Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, Ex-Außenminister Joschka Fischer, Alexander Fürst zu Schaumburg-Lippe, Eduard Prinz von Anhalt, Schlagerstar Udo Jürgens sowie die Schauspielerinnen Iris Berben und Uschi Glas.

Ökologisch, ökonomisch, sozial: Schon bei der ersten Verleihung des deutschen Nachhaltigkeitspreises im Jahr 2008, gelang es Initiator Stefan Schulze-Hausmann⁸,

⁷ Zitiert nach FOCUS online vom 29.4.2009

⁸ Seit 1989 moderiert Stefan Schulze-Hausmann verschiedene Reihen im ZDF- und 3sat-Programm - u.a. „Tipps + Trends mobil“, „HITEC“, „Schattenspringer“, „3sat-studio“, „sonntagsshow“, „pep“, „neues“ und (seit 1999)

Journalist, Produzent und Rechtsanwalt, rund 350 Unternehmen, darunter mehr als die Hälfte der DAX-30-Unternehmen, zu einer Teilnahme an diesem Wettbewerb zu motivieren. Zwölf deutsche Unternehmen erhielten dabei eine Auszeichnung für besonders erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement.

Die Preisverleihungs-Gala stand 2008 unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, zu den Unterstützern der Initiative gehören unter anderem der Rat für Nachhaltige Entwicklung und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Wirtschaftlich getragen wird die Veranstaltung von zahlreichen Unternehmen und Organisationen.

Der Preis für Unternehmen bzw. Marken wird in mehreren Kategorien von einer interdisziplinär besetzten Jury in den übergreifenden Kategorien „nachhaltigstes Unternehmen“ und „nachhaltigste Marke“ sowie aufgeschlüsselt nach einzelnen Wertschöpfungsbereichen: „nachhaltigste Strategie“, „nachhaltigster Einkauf“, „nachhaltigste Produktion & Logistik“, „nachhaltigste Produkte & Dienstleistungen“, „nachhaltigster Vertrieb“ vergeben.

Zunächst werden per Selbstauskunft der Unternehmen der Umsetzungsgrad der Nachhaltigkeit ermittelt. Entsprechend werden Punkte auf einer vierstufigen Skala vergeben. Bewertet werden ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeitsfaktoren.

- **Förderpreis „Nachhaltiger Mittelstand“**

Der Förderpreis "Nachhaltiger Mittelstand" ist ein von der EthikBank und den Volksbanken/Raiffeisenbanken gestiftete Nachhaltigkeitspreis. Mittelständische Unternehmen, die in ihrer täglichen Arbeit die Elemente Ökologie, Ökonomie und soziales Engagement langfristig in Einklang bringen, können mit dem Preis ausgezeichnet werden. Mit dieser Auszeichnung sollen Unternehmen gewürdigt und motiviert werden, die sich in besonderer Weise um eine nachhaltige Wirtschaftsweise bemühen und die damit zur Nachahmung ökologisch tragfähiger, sozial gerechter und wirtschaftlich effizienter Denk- und Handlungsweisen anregen.

Die nachhaltige Entwicklung zielt nicht nur auf die Erhaltung einer intakten Umwelt, sondern ebenso sehr auf eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung sowie auf die Förderung gesellschaftlicher Chancengleichheit. Diesen Faktoren fühlt sich die EthikBank verpflichtet.

„nano“, das tägliche Technik- und Zukunftsmagazin (3sat; Wiederholungen im ZDF und den Dritten der ARD). Seit 2000 präsentiert er jährlich die „Verleihung des Deutschen Umweltpreises“ durch den Bundespräsidenten.

- **Neumarkter⁹ Lammsbräu Nachhaltigkeitspreis 2009**

Der Nachhaltigkeitspreis der Neumarkter Lammsbräu ist aus dem Deutschen Umweltpreis hervorgegangen, den Dr. Franz Ehrnsperger 2001 erhalten hat. Das Preisgeld investierte der Unternehmer in eine neue Flaschenwaschanlage, die weniger Energie verbraucht. Das dadurch gesparte Geld erhalten seither die Preisträger des Nachhaltigkeitspreises der Lammsbräu - insgesamt sind es in jedem Jahr 10 000 Euro. Die Ökorente ist damit einer der wenigen Nachhaltigkeitspreise in Deutschland, die mit einem Preisgeld verbunden sind.

Die Preisträger müssen ökologische und soziale Verbesserungen erreicht haben und eine nachhaltige Wirtschaftskultur fördern. Preiswürdig sind beispielsweise der Abbau von Umweltrisiken, Beiträge zur Sicherung des sozialen Friedens und Fair-Trade-Modelle. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen, Schulklassen oder private Organisationen, die im jeweiligen Ausschreibungszeitraum einen Beitrag zur Nachhaltigkeit geleistet haben; sowie Medienvertreter und Unternehmen.

- **Nachhaltigkeitspreis 2009 des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein**

„Zeichen setzen - wir machen Zukunft“ - unter dieses Motto stellt Umweltminister Dr. Christian von Boetticher den neuen Nachhaltigkeitspreis des Landes Schleswig-Holstein. Er wird für solche Ideen, Initiativen und Projekte verliehen, die im privaten, öffentlichen, unternehmerischen Handeln die Aspekte Umweltverträglichkeit; Wirtschaftlichkeit und soziale wie globale Gerechtigkeit berücksichtigen.

- **Zeitzeichen 2009 - Deutscher Lokaler Nachhaltigkeitspreis**

Der deutsche lokale Nachhaltigkeitspreis wird im Rahmen des „Netzwerk21-Kongresses“, der auf eine Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie des Umweltbundesamtes vom Dezember 2006 zurückgeht, verliehen.

Zeitzeiche 

Der deutsche lokale Nachhaltigkeitspreis „ZeitzeicheN“ zeichnet in den Kategorien Einzelpersonen, Initiativen, Unternehmen,

Kommunen herausragende Aktivitäten für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Kommune aus. Diese Preise dienen der Anerkennung geleisteter Arbeit. Darüber hinaus wird der Preis „ZeitzeicheN-Ideen“ vergeben. Damit werden zusätzlich für in die Zukunft gerichtete

⁹ Neumarkt ist eine Stadt südöstlich von Nürnberg in der Oberpfalz.

Konzepte und Ideen Preise vergeben. Ein Preis wird für Ideen von Jugendlichen verliehen. Damit werden Preise für neue Projekte und Ideen verliehen, die 2009 umgesetzt werden sollen. Der Wettbewerb dient dazu, Akteuren in den Kommunen eine Starthilfe für die Umsetzung richtungsweisender Konzepte zu geben.

- **Generationendialog in der Praxis - Bürger initiieren Nachhaltigkeit**

Die Fachjury des Bundeswettbewerbs „Generationendialog in der Praxis - Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ hat die 40 besten von insgesamt 336 Bewerbern ausgewählt. Die Sieger werden am 27. Mai 2009 in Berlin vom Rat für Nachhaltige Entwicklung und von der Bundesregierung geehrt. Zehn besonders herausragende Initiativen werden Rat und Bundesregierung als „Leuchtturm-Projekte“ würdigen.

„Generationendialog in der Praxis - Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ ist ein Beitrag zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die den Wettbewerb gemeinsam mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung ausrichtet. Die Regierung ist vertreten durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, das Bundesministerium für Gesundheit sowie das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Mit dem Wettbewerb wollen Bundesregierung und Rat für Nachhaltige Entwicklung das vielfältige ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürger honorieren und stärken.

- **SEED-Initiative**

Der SEED¹⁰ Awards 2008 wurde an fünf lokale Vorhaben für nachhaltige Entwicklung aus Brasilien, Indien, Kamerun, Nicaragua und Thailand vergeben. Sie haben sich unter weltweit 400 Bewerbungen durchsetzen können, da sie die Auswahljury in besonderem Maße durch ihren positiven Beitrag zu Umweltschutz und Armutsbekämpfung, ihre lokale Verankerung und ihren innovativen und unternehmerischen Ansatz überzeugt haben. In diesem Jahr werden die Preisträger am 12. Mai bekanntgegeben.

Die Preise zielen (oft) in erster Linie auf „Wirtschaftlichkeit“; also auf ein Verhalten von Unternehmen, welches sie ohnehin an den Tag legen müssen. Der ökologische Aspekt spielt dabei durchaus eine bedeutsame Rolle. Über den sozialen Aspekt ist wenig zu erfahren. Es sind Preise, die sich in der Regel auf lokale / nationale und weniger auf

¹⁰ SEED = Supporting entrepreneurs for sustainable development

globale / internationale Flechtungen beziehen. Der Preis des Rates für nachhaltige Entwicklung stellt (ehrenamtlich tätige) Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt.

Nachhaltigkeit ist (zweifelsfrei) notwendig, ist in aller Munde, kann Lebensstil sein, ist gesellschafts- und (auch) eventfähig.

1.2. Drei-Säulen-Modell

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist ein ursprünglich naturwissenschaftlicher Begriff.

Das Konzept der Nachhaltigkeit beschreibt die Nutzung eines regenerierbaren Systems in einer Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise nachwachsen kann.

Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft beispielsweise bedeutet, die Betreuung und Nutzung von Waldflächen unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten. Aus dieser Betrachtungsweise hat sich für alle Lebensbereiche das heute so bezeichnete **Drei-Säulen-Modell** „entwickelt“:

Eine nachhaltige Entwicklung ist definiert durch drei Ziele, die gleichrangig bewertet und berücksichtigt werden - die ökologische, ökonomische und soziale Dimension.

Nachhaltigkeit ist damit kein Zustand, sondern immer und ausschließlich ein Prozessgeschehen. Nachhaltigkeit ist zunächst ein „Fortschrittsprozess“, der nie zu einem Stillstand führt, sondern sich immer in Entwicklung und Veränderung befindet. Die aufeinanderfolgenden Zeitläufe und die sich ergebenden Qualitäten können sehr unterschiedlich - je nach Betrachtung - vorteilhaft oder auch nachteilig sein. Der Fortschrittsprozess ist dabei abhängig von den politischen und wirtschaftlichen Interessen der „Regierenden“ und der „führenden“ Unternehmen eines Landes bzw. weltweit. Nachhaltigkeit ist eben ein „Aushandlungsprozess“. Es gilt die unterschiedlichen und sich unter Umständen auch widersprechenden (politischen und / oder wirtschaftlichen) Interessen miteinander national und international auszuhandeln. Nachhaltigkeit zielt sowohl auf das Heute (und damit auf den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Profit) als auch auf das Morgen, so dass es sich auch um einen „Balanceprozess“ handelt:

„Demnach ist Nachhaltigkeit definiert als ein Konzept, das intergenerationelle und intragenerationelle Gerechtigkeit auf der normativen Ebene gleichrangig behandelt.“¹¹

Nachhaltigkeit verlangt von der jeweils lebenden Generation (auch vom politischen Tagesgeschehen und der schnellen Rendite absehen zu können), den Fortbestand natürlichen Lebens auch für die folgenden (noch nicht geborenen) Generationen zu sichern und eine Balance zwischen Heute und Morgen zu finden. Nachhaltiges Handeln ist generationengerechtes Handeln.

Nachhaltigkeit ist daher ein auf Dauer orientiertes und umfassendes Prozessgeschehen und führt Fortschritt, Aushandlung und Balance (idealer- und eigentlich auch natürlicherweise) zusammen.

Nachhaltigkeit meint ein Prozessgeschehen, das den Fortbestand „unseres“ Planeten garantieren will.

1.3. Brundtland-Report 1987 - Unsere gemeinsame Zukunft¹²

1983 gründeten die Vereinten Nationen als unabhängige Sachverständigenkommission die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED = World Commission on Environment and Development) mit Sekretariat in Genf. Ihr Auftrag war die Erstellung eines Perspektivberichts zu langfristig tragfähiger, umweltschonender Entwicklung im Weltmaßstab bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus.

Die Sachverständigenkommission setzte sich aus 19 Bevollmächtigten aus 18 Staaten weltweit (darunter auch Deutschland) zusammen. Zur Vorsitzenden wurde die frühere Umweltministerin und damalige Ministerpräsidentin von Norwegen, Gro Harlem Brundtland (seit 1998 Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation WHO), gewählt. Seit 1988 wechselt der Vorsitz jährlich.

Die Kommission veröffentlichte vier Jahre später (1987) ihren auch als Brundtland-Report bekannt gewordenen Zukunftsbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ („Our Common Future“). Dieser beeinflusste die internationale Debatte über Entwicklungs- und Umweltpolitik maßgeblich. Er wurde auf zwei internationalen Konferenzen (1987 in London

¹¹ Jörg Tremmel: Bevölkerungspolitik im Kontext ökologischer Generationengerechtigkeit, 2005

¹² Zitiert nach: Lexikon der Nachhaltigkeit; Hrsg.: Aachener Stiftung Kathy Beys

und 1988 in Mailand) eingehend diskutiert und war der auslösende Hauptfaktor für die Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992.

Die Kommission wurde am 31.12.1987 offiziell aufgelöst und im April 1988 als Centre for Our Common Future in Genf fortgeführt und im Rahmen der Rio-Konferenz 1992 reaktiviert.

Der Abschlussbericht ¹³ der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ ist deswegen so bedeutend für die internationale Debatte über Entwicklungs- und Umweltpolitik, weil hier erstmals das Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“ entwickelt wurde.

Die Kommission versteht darunter eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

Das von der Kommission vorgestellte Konzept einer nachhaltigen Entwicklung bildete zum ersten Mal die Grundlage einer integrativen globalen Politikstrategie. So wurden herkömmlich als getrennt betrachtete Problembereiche wie u.a. Umweltverschmutzung in Industrieländern, globale Hochrüstung, Schuldenkrise, Bevölkerungsentwicklung und Wüstenausbreitung in der Dritten Welt in einem Wirkungsgeflecht gesehen, das durch einzelne Maßnahmen nicht würde gelöst werden können.

Nach Ansicht der Kommission muss einerseits die Armut in den Entwicklungsländern überwunden werden. In den Industrieländern ist dagegen der materielle Wohlstand mit der Erhaltung der Natur als Lebensgrundlage in Einklang zu bringen. Für die Zukunft muss davon ausgegangen werden, dass sich die Konsum- und Lebensweisen der westlichen Industrieländer nicht auf die gesamte derzeitige und zukünftige Weltbevölkerung übertragen lassen.

Weiter stellt die Kommission fest, dass die Weltwirtschaft zwar die Bedürfnisse und legitimen Wünsche der Menschen befriedigen müsse. Das Weltwirtschaftswachstum dürfe aber die ökologischen Grenzen der Erde nicht sprengen. Auch müssten die Menschen viele

¹³ Die deutsche Version des Brundtland-Berichts "Our Common Future", erstellt von der "Weltkommission für Umwelt und Entwicklung" der Vereinten Nationen, ist 1987 im Buchhandel unter dem Titel "Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung", herausgegeben vom damaligen Forschungsminister Volker Hauff, erschienen.

ihrer Tätigkeiten und Lebensweisen ändern, wenn die Welt nicht vor unannehmbare menschliche Leiden und Umweltschäden gestellt werden sollte.

Als Konsequenz forderte die Kommission „eine neue Ära einer umweltgerechten wirtschaftlichen Entwicklung“, und:

„Die Menschheit ist einer nachhaltigen Entwicklung fähig - sie kann gewährleisten, dass die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen.“

Daraus ergeben sich dann ganz „praktische“ Fragen: „Wo liegen die Belastungsgrenzen natürlicher Systeme?“ Und „Wie muss sich der Mensch verhalten, um langfristig im Einklang mit den Rahmenbedingungen, die die Natur ihm setzt, zu leben?“¹⁴

1.4. „Perspektiven für Deutschland“ - Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung¹⁵

Obwohl bereits in der Agenda 21 1992 in Kapitel 38¹⁶ gefordert, wurden von vielen Staaten, so auch von Deutschland, erst 2002 (Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung) nationale Nachhaltigkeitsstrategien vorgelegt.



Die Bundesregierung verabschiedete im April 2002 unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ ihre Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung.

Eckpfeiler sind die Bereiche:

- „Generationengerechtigkeit“,
- „Lebensqualität“,
- „Sozialer Zusammenhalt“ und
- „Internationale Verantwortung“.

Zudem wurden für die vier Handlungsfelder

¹⁴ Siehe: Jörg Tremmel: Bevölkerungspolitik im Kontext ökologischer Generationengerechtigkeit, 2005, Seite 19ff

¹⁵ http://www.bmu.de/nachhaltige_entwicklung/aktuell/1719.php

¹⁶ ... „Gesamtziel ist die Integration von Umwelt- und Entwicklungsfragen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene auch im institutionellen Rahmen des Systems der Vereinten Nationen. ... Außerdem könnten die Staaten die Erstellung nationaler Berichte erwägen. ...“

- Energie und Klimaschutz,
- Verkehr,
- Landwirtschaft sowie
- Globale Verantwortung

Maßnahmen genannt.

Im Herbst 2004 wurde der erste **Fortschrittsbericht** veröffentlicht, im Sommer 2005 folgte der „**Wegweiser Nachhaltigkeit**“¹⁷. Zur Erstellung des Fortschrittsberichts wurde ein Konsultationsprozess durchgeführt, der verschiedene gesellschaftliche Gruppen über unterschiedliche Medien und Prozesse beteiligte. Der Fortschrittsbericht bilanziert die Veränderungen in den vier Handlungsfeldern der Nachhaltigkeitsstrategie und führt vier weitere Handlungsfelder auf:

- Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft,
- neue Energieversorgungsstruktur unter Einbeziehung der erneuerbaren Energien,
- die Kraftstoffstrategie - „Alternative Kraftstoffe und innovative Antriebe“ sowie
- Verminderung der Flächeninanspruchnahme.

Im „**Wegweiser Nachhaltigkeit**“ werden Perspektiven für vier weitere Schwerpunktthemen aufgeführt:

- Moderne Stromversorgung - erneuerbare Energien optimal integrieren,
- nachwachsende Rohstoffe - für neue Produkte und wachsende Märkte,
- Zukunftsfähige Waldwirtschaft - ökonomische Perspektiven entwickeln,
- biologische Vielfalt.

Vom Rat für nachhaltige Entwicklung flossen **Konzepte zu den Themen Generationenbilanz und gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen** ein.

- **Wegweiser Nachhaltigkeit 2005**

Deutschland steht, so der Wegweiser, vor zwei großen Herausforderungen, die eng miteinander verknüpft sind. Zum einen geht es um die Frage, wie unser Land unter den verschärften Bedingungen eines globalen Wettbewerbs seine ökonomische Leistungsfähigkeit weiter stärken kann. Nicht wenige fordern in diesem Zusammenhang

¹⁷ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Wegweiser Nachhaltigkeit 2005 – Bilanz und Perspektive; Kabinettsbeschluss vom 10. August 2005
http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/wegweiser_nachhaltigkeit.pdf

eine reine Wachstumsstrategie, die soziale Anliegen und den Schutz der Umwelt allenfalls nachrangig berücksichtigen soll.

Die zweite Herausforderung ist die demografische Entwicklung. Die Menschen leben im Durchschnitt länger als früher, gleichzeitig werden in unserem Land weniger Kinder geboren. Dies hat Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbstätigen, die zur Wertschöpfung in der Volkswirtschaft beitragen und in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen. Ohne wirksame Maßnahmen werden die qualifizierten Fachkräfte fehlen. Und wenn wir nichts tun, kann es zu Spannungen zwischen den Generationen kommen.

- **Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie - Für ein nachhaltiges Deutschland**

Das Bundeskanzleramt ist für die Erstellung der Fortschrittsberichte und Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie in Abstimmung mit den Ministerien zuständig. Im Kanzleramt ist daher auch der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung angesiedelt.

Mit dem zunächst im Jahr 2006 und nun erneut vorgelegten Indikatorenbericht 2008 dokumentiert das Statistische Bundesamt in Wiesbaden im Auftrag der Bundesregierung, welche Richtung die nachhaltige Entwicklung in Deutschland einschlägt.

Am 29. Oktober 2008 beschloss das Bundeskabinett den Fortschrittsbericht 2008.¹⁸ Zuvor konnten sich interessierte Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Institutionen im Rahmen eines Konsultationsprozesses an dieser Bestandsaufnahme und strategischen Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie beteiligen.

Wie wollen wir heute und in Zukunft leben? Wie kommen wir unserer Verantwortung nach - national wie international? Wo steht unser Land heute?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Fortschrittsbericht 2008 der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

„Ein nachhaltiges Deutschland für uns, unsere Kinder und Enkel - darum geht es bei der Nachhaltigkeitsstrategie. Nachhaltigkeit hat Generationengerechtigkeit und damit die

¹⁸ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie - Für ein nachhaltiges Deutschland; download: <http://fetcher.fw-notify.net/0000000443-1640971328/2008-05-08-fortschrittsbericht-2008,property=publicationFile.pdf>

Sicherung einer lebenswerten Zukunft gegenwärtiger und kommender Generationen als Maßstäbe politischen Handelns. ...

Nur gemeinsam können wir es schaffen, Nachhaltigkeit wirklich zu leben und zu einem Markenzeichen des 21. Jahrhunderts zu machen.“, so die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel, im Vorwort des Fortschrittsberichts.

Fazit ¹⁹

Nachhaltigkeit ist eine Daueraufgabe und benötigt einen langen Atem. Erforderlich ist eine umfassende und konsequente Berücksichtigung von Nachhaltigkeit als Leitprinzip in der deutschen Politik. Nachhaltigkeit prägt alle Politikfelder. Technologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Fortschritt (Es fehlt die Ökologie!) muss sich am Prinzip der Nachhaltigkeit messen lassen. Wenn Nachhaltigkeit als Herausforderung wirklich angenommen und im Alltag aller Akteure umgesetzt wird, kann sie zum **Motor für Erneuerung** werden. In diesem Sinn ist die Nachhaltigkeitsstrategie eine **Zukunftsstrategie** für das 21. Jahrhundert.

- Nachhaltige Entwicklung in Deutschland - Indikatorenbericht 2008 ²⁰



Um die Wirksamkeit dieser Strategie, Erfolge wie auch Misserfolge, messbar zu machen, wurden auf der politischen Ebene geeignete Indikatoren ausgewählt. Sie sind zum großen Teil mit quantitativen Zielvorgaben versehen und zeigen für 21 verschiedene Themenbereiche, inwieweit die Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft den Erwartungen und Zielen entspricht.

Nachfolgend eine Übersicht aus dem Bericht des Statistischen Bundesamtes:

¹⁹ Zitiert aus Fortschrittsbericht; Hervorhebungen nicht im Original

²⁰ Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland - Indikatorenbericht 2008

		Inhalt
Vorwort	2	
I. Generationengerechtigkeit		
Ressourcenschonung		
1a Energieproduktivität	4	
1b Rohstoffproduktivität	6	
Klimaschutz		
2 Treibhausgasemissionen	8	
Erneuerbare Energien		
3a, b Anteile erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	10	
Flächeninanspruchnahme		
4 Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	12	
Artenvielfalt		
5 Artenvielfalt und Landschaftsqualität	14	
Staatsverschuldung		
6 Staatsdefizit	16	
Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge		
7 Verhältnis der Bruttoanlage- investitionen zum BIP.	18	
Innovation		
8 Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	20	
Bildung		
9a 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss	22	
9b 25-Jährige mit abgeschlossener Hochschulbildung	24	
9c Studienanfängerquote	26	
II. Lebensqualität		
Wirtschaftlicher Wohlstand		
10 BIP je Einwohner	28	
Mobilität		
11a Gütertransportintensität	30	
11b Personentransportintensität	32	
11c, d Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt	34	
Landwirtschaft		
12a Stickstoffüberschuss	36	
12b Ökologischer Landbau	38	
Luftqualität		
13 Schadstoffbelastung der Luft	40	
Gesundheit und Ernährung		
14a, b Vorzeitige Sterblichkeit	42	
14c, d Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen	44	
14 e Anteil der Menschen mit Adi- positas (Fettleibigkeit)	46	
Kriminalität		
15 Wohnungseinbruchsdiebstahl	48	
III. Sozialer Zusammenhalt		
Beschäftigung		
16a, b Erwerbstätigenquote	50	
Perspektiven für Familien		
17a, b Ganztagsbetreuung für Kinder	52	
Gleichberechtigung		
18 Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	54	
Integration		
19 Ausländische Schulabgänger mit Schulabschluss	56	
IV Internationale Verantwortung		
Entwicklungszusammenarbeit		
20 Anteil öffentlicher Entwick- lungsausgaben am Bruttonational- einkommen	58	
Märkte öffnen		
21 Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern	60	
Anhang		
Übersicht zum Status der Indikatoren	62	
Definitionen der Indikatoren	68	
Statistisches Bundesamt, Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2008		1

1.5. Rat für Nachhaltige Entwicklung

2001 wurde der Rat für Nachhaltige Entwicklung durch die Bundesregierung berufen. Hauptaufgaben des Rates sind die Beratung der Bundesregierung zur Nachhaltigkeit und der Dialog mit den verschiedenen Interessensgruppen.

- **Auftrag an den Rat für Nachhaltige Entwicklung**

Nachhaltigkeitspolitik soll eine wichtige Grundlage schaffen, um die Umwelt zu erhalten und die Lebensqualität, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung in einer integrierten Art und Weise sowohl in Deutschland als auch international voran zu bringen. Ziel ist es dabei, eine ausgewogene und gerechte Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen zu finden.

Die Bundesregierung hat im Jahr 2001 den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen. Er berät sie in ihrer Nachhaltigkeitspolitik und soll mit Vorschlägen zu Zielen und Indikatoren zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie beitragen sowie Projekte zur Umsetzung dieser Strategie vorschlagen.

Eine weitere Aufgabe des Rates für Nachhaltige Entwicklung ist die Förderung des gesellschaftlichen Dialogs zur Nachhaltigkeit. Mit dem Aufzeigen von Folgen gesellschaftlichen Handelns und der Diskussion von Lösungsansätzen soll die Vorstellung von dem, was Nachhaltigkeitspolitik konkret bedeutet, bei allen Beteiligten und in der Bevölkerung verbessert werden.

Der Rat besteht aus 13 Mitgliedern. Den Vorsitz führt Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D., sein Stellvertreter ist Prof. Dr. Klaus Töpfer, Ehem. Undersecretary General, UN, Ehem. Executive Director des United Nations Environment Programme (UNEP).

1.6. Nachhaltigkeitspolitik in den Bundesländern

Einige Bundesländer haben umfassende Nachhaltigkeitsstrategien erarbeitet: Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Über Nachhaltigkeitsprogramme verfügen die Bundesländer: Lokale Agenda 21 Berlin, Agenda 21 Nordrhein-Westfalen, Saarland-Agenda und Aktionsprogramm Nachhaltige Entwicklung Bayern.

1.7. Nachhaltigkeitsstrategie in Hessen ²¹

Die Nachhaltigkeitsstrategie in Hessen soll eine langfristige Perspektive für das Land Hessen sichern: Das Leben in Hessen soll heute und in Zukunft ökologisch verträglich, sozial gerecht und wirtschaftlich leistungsfähig sein. Dabei gilt es, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu sichern ohne künftige Generationen zu gefährden, die Grenzen der Belastbarkeit unserer Erde sowie die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen zu beachten.



Weil Nachhaltigkeit alle betrifft, liegt sie in der gemeinsamen Verantwortung von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie baut auf Engagement und aktive Beteiligung im ganzen Land - gemeinsam für ein zukunftsfähiges Hessen.

Klimawandel, Ressourcenverknappung, Globalisierung, Integration und demographischer Wandel - die Komplexität dieser und weiterer Herausforderungen verlangt neue Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist daher kein vorbestimmter Plan der Landesregierung. Sie baut vielmehr auf das Engagement und die aktive Beteiligung aller. Die Bürgerinnen und Bürger Hessens, Akteure aus Unternehmen, Bildung, Umwelt- und Naturschutz, Gewerkschaften,

²¹ <http://www.hessen-nachhaltig.de>

Kirchen, Sozialverbänden, Vereinen und Kommunen sowie alle Ministerien und Fraktionen des Landtages sind dazu aufgerufen, ihre Ideen, ihr Wissen und ihre Erfahrung in den Prozess einzubringen.

- Die Arbeitsstruktur der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen

Komplexe Herausforderungen bedürfen einer überlegten und zielführenden Arbeitsweise. Deshalb erfüllt jede Arbeitsebene der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen ihre jeweilige, für den Gesamtprozess unverzichtbare Aufgabe. Die Summe aller Mitwirkenden, ihre Ideen, ihr Wissen und ihre Entscheidungen machen den Erfolg der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen aus.

Die Themen und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen werden interdisziplinär und im Dialog identifiziert und bearbeitet. Im Fokus stehen neben **Visionen und Strategien** vor allem **konkrete Lösungen**. Diese zielen auf eine **stabile und langfristige Perspektive** für Hessen.

In einem ersten Schritt wurden zehn Themenvorschläge für die Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet.

In Anlehnung an die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung wird die hessische Nachhaltigkeitsstrategie in **10 Themen** gegliedert.²² Zu diesen Themen wurden im Verlauf der folgenden zwölf Monate 2008/2009 gemeinsam konkrete Projekte initiiert werden (siehe weiter unten).

1. Klimawandel und zukunftsfähige Energie
2. Nachhaltige Mobilität
3. Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion
4. Zukunftsfähige Arbeit und Beschäftigung
5. Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen
6. Gesundheit und Ernährung
7. Soziale Eingliederung, Demografie und Migration
8. Bildung und Forschung
9. Staat und Verwaltung
10. Globale Herausforderungen

²² „Lernen und Handeln für unsere Zukunft“ Pressekonferenz 28.Mai 2008; download: http://www.hessen-nachhaltig.de/imperia/md/content/nachhaltig-hessen/presentation_pressekonferenz_zur_nachhaltigkeitsstrategie_hessen_28._mai_2008.pdf

Diese dienen als Diskussions- und Arbeitsgrundlage und können im derzeit laufenden Konsultationsprozess von allen Hessen bewertet, kommentiert und um eigene Themen ergänzt werden.

Oberstes und gleichzeitig strategisches Entscheidungsgremium der Nachhaltigkeitsstrategie ist die **Nachhaltigkeitskonferenz unter Vorsitz des Ministerpräsidenten**. Sie setzt sich zusammen aus führenden Persönlichkeiten der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und verabschiedet die Themen, Projekte und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie.


Der **Beirat**, bestehend aus **Experten unterschiedlicher Fachrichtungen**, wird nach dem ersten Expertengespräch einberufen und unterstützt künftig den Ministerpräsidenten bei seinen Entscheidungen.

Der **Strategische Koordinierungskreis** fungiert als Schnittstelle zwischen der Nachhaltigkeitskonferenz und den Projektgruppen: Seine Mitglieder präsentieren die aktuellen Ergebnisse aus den Projekten in der Nachhaltigkeitskonferenz, bereiten so deren Entscheidungen vor und vernetzen die verschiedenen Projektgruppen.

In den **Projektgruppen** ist dann insbesondere die Mitwirkung aller Hessinnen und Hessen gefragt: Hier werden konkrete Projekte zu den vereinbarten Themen bearbeitet und umgesetzt. Die Akteure der Projektgruppen haben die Möglichkeit, an einem in Hessen bis heute einzigartigen, langfristig bedeutenden Prozess mitzuwirken und so maßgeblich die Zukunft ihres Landes mit zu gestalten.

- Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen

Die Nachhaltigkeitskonferenz hat am 20. Oktober 2008 insgesamt 14 Einzelprojekte für die Startphase beschlossen.

 Übersicht: Projekte der Startphase – ab dem 20. Oktober 2008					
Klimawandel und zukunfts-fähige Energie	Erhalt und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	Nachhaltige Mobilität	Bildung, Wissenschaft, Integration und Demographie	Zukunfts-fähige Arbeit und Beschäftigung*	Globale Herausforderungen*
Hessen klimaaktiv: - CO ₂ -neutrale Landesverwaltung - 100 klimaaktive Kommunen - 100 klimaaktive Unternehmen - 100 klimaaktive Schulen** - 10.000 klimaaktive BürgerInnen**	Vielfalt in Hessen: Agrobiodiversität fördern	Hessen: Modellland für eine nachhaltige Nutzung von Elektroautos	Vitale Orte 2020	Übergänge managen: Vom Schulbeginn bis zum Berufseinstieg	Hessen meets the World – Jugendaustausch mit Schweden- und Entwicklungsländern*
Energie 2020 – Energieforum Hessen	Hessen für nachhaltige Waldbewirtschaftung		Initiative Bildung für bessere Integration		
			Initiative Von Anfang an – Bildung für Nachhaltigkeit in der frühkindlichen Erziehung		

Um allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich jederzeit über den aktuellen Stand der Arbeiten zu diesen Projekten zu informieren, wird für jedes Projekt eine extra Seite eingerichtet, die die Planungen, Fortschritte und Ergebnisse darstellt.²³

Schließlich ist im Umweltministerium die **Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie** angesiedelt. Diese unterstützt die Beteiligten an der Erarbeitung und Entwicklung der Strategie, führt Ideen, Meinungen und Konzepte zusammen und befördert so den Gesamtprozess.

Am 8. Mai 2009 tagt der Strategische Koordinierungskreis der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen. Fast genau ein Jahr nach dem Start der Initiative im Mai 2008 liegen dann bereits die ersten Ergebnisse aus der Arbeit der Projektgruppen vor. Die Task-Force Ziele und Indikatoren wird den Entwurf der Eröffnungsbilanz vorstellen.

Die Vorschläge werden am 8. Mai gesichtet, bewertet und zu einer Entscheidungsvorlage für die Nachhaltigkeitskonferenz am zusammen gestellt.

Der Beirat der Nachhaltigkeitskonferenz ist am 11. Mai 2009 zu einem Treffen mit Ministerpräsident Roland Koch eingeladen. Die Sichtung und Bewertung der Ergebnisse aus den Projektgruppen und der Task-Force stehen auch hier auf der Tagesordnung des Treffens. Die Vorschläge der Experten fließen im Anschluss ebenfalls in die Entscheidungsvorlage für die Nachhaltigkeitskonferenz ein.

Die Sitzung der Nachhaltigkeitskonferenz, dem obersten Entscheidungsgremium der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen, ist für den 3. Juni 2009 terminiert. Hier werden die Weichen für die weitere Arbeit gestellt: Das strategische Dach der Strategie wird durch die geplante Verabschiedung der Eröffnungsbilanz definiert und gibt dann den Rahmen für die mittelfristigen Planungen. Außerdem werden die Projektgruppen ihre erarbeiteten Konzepte und ihre Vorschläge für die Umsetzung vorstellen. Die Nachhaltigkeitskonferenz entscheidet am 3. Juni, welche Projekte in die Umsetzung starten und welche finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten.

1.8. Global denken - lokal handeln

Im September 2007 fand zum ersten Mal ein bundesweiter **Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen**²⁴ statt. Erstmals wurde auch der Deutsche lokale

²³ http://www.hessen-nachhaltig.de/imperia/md/content/nachhaltig-hessen/downloads/nh_hessen_beschlossene_projekte_der_ersten_phase.pdf

²⁴ <http://www.netzwerk21kongress.de/>

Nachhaltigkeitspreis "ZeitzeicheN" verliehen. Aktuell ist der Leitfaden zum Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen Lokalen-Agenda-21-Initiativen und Wirtschaft sowie Wissenschaft erschienen und steht zum Download (http://fetcher.fw-notify.net/0000000403-1106607872/koop_leitfaden.pdf) zur Verfügung. Auf dem zweiten "Netzwerk21-Kongress", der am 29. und 30. September 2008 in Leipzig stattfand, wurde der Leitfaden vorgestellt.

- Worum es in der Broschüre geht:

„Nachhaltige Entwicklung ist ein Prozess, der nur gelingen kann, wenn viele Akteure gemeinsam daran mitwirken. Entsprechend der Agenda 21, dem zentralen Dokument der Konferenz für Umwelt & Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992, gab und gibt es vielerorts Bemühungen, mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit Stakeholdergruppen eine städtische lokale Agenda 21 zu entwickeln und mittels Leitbildern, Maßnahmeplänen und konkreten Projekten auch umzusetzen. Der Kooperation von lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen mit Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen wird dabei eine große Bedeutung beigemessen. So artikulieren kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure einen dringenden Wissens- und Kooperationsbedarf für städtische Entwicklungsprozesse und konkrete Umsetzungsprojekte. ...

Vor diesem Hintergrund wird in der vorliegenden Broschüre versucht, wesentliche Schnittstellen und Kooperationsmöglichkeiten zwischen LA-21- und anderweitigen Nachhaltigkeitsinitiativen mit Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen auszuloten, um die vorhandenen Potenziale zukünftig besser nutzen und befördern zu können.“²⁵

²⁵ Katrin Nolte u.a.: Kooperieren – aber wie? Ein Leitfaden zum Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen Lokalen-Agenda-21-Initiativen und Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft, Juni 2008

2. Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung

Nachhaltigkeit ist Leitprinzip der Politik der Bundesregierung. Nachhaltigkeit betrifft alle Politikfelder – auf nationaler genauso wie auf internationaler Ebene.

Schon im Brief an die Galater heißt es im 6. Kapitel (Vers 2): „**Einer trage des andern Last,** (so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen).“

Nachhaltigkeit ist kein Thema für Feiertagesreden; die Gestaltung einer nachhaltigen Politik im Sinne des Brundtland-Reports kann und muss auf die kommunalpolitische Ebene heruntergebrochen werden. Hier können die Maßnahmen ergriffen, die Projekte konzipiert und die Veränderungen angestoßen werden, damit „... **den Bedürfnissen der heutigen Generation ...**“ entsprochen werden kann, „... **ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.**“

Der Ausgangspunkt für die Erarbeitung lokaler Indikatoren soll das Managementkonzept der Bundesregierung sein. Dieses Managementkonzept der Nachhaltigkeit gliedert sich in drei Fraktionen: Managementregeln, Indikatoren und Ziele sowie Monitoring.

- **Managementregeln**

Die zehn Managementregeln ²⁶ fassen in konzentrierter Form das Leitbild und die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung zusammen.

- **Indikatoren und Ziele**

Die Indikatoren zeigen an, wo „der Akteur“ auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung steht. Die Ziele machen den Handlungsbedarf deutlich und sind für eine Erfolgskontrolle wichtig.

- **Monitoring**

Alle vier Jahre stellt ein Fortschrittsbericht umfassend den Stand nachhaltiger Entwicklung dar. Er wird durch einen zweijährlich erscheinenden Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamtes ergänzt, der die Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren darlegt.

²⁶ Siehe Anhang „Die zehn Managementregeln der Nachhaltigkeit“

Managementregeln, Indikatoren und Ziele sowie Monitoring bedürfen der Übersetzung hinsichtlich der Anwend- und Handhabbarkeit auf kommunaler Ebene.

2.1. Die acht Managementregeln der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

Die Grundregel, dass **jede Generation ihre Aufgaben selbst lösen muss und sie nicht den kommenden Generationen aufbürden darf**, muss auch auf kommunaler Ebene bestehen. Auch auf kommunaler Ebene müssen im gegebenen Rahmen die Spielräume genutzt werden, um entsprechende **Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen zu treffen**. Das gilt für die **Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso, wie für die wirtschaftliche Entwicklung, den sozialen Zusammenhalt und den demografischen Wandel**.

Die Nachhaltigkeitsstrategie auf kommunaler Ebene soll praktische Orientierung zu nachhaltigem Handeln von Politik und Gesellschaft erleichtern. Mit den Managementregeln der Nachhaltigkeit beschreibt sie Anforderungen an eine ökologisch, ökonomisch und sozial ausgewogene (urbane) Entwicklung in Verantwortung für sich, das Land und die Welt.

Die acht Regeln:

1. Bürgerinnen und Bürger, Produzenten und Verbraucher, Wirtschaft und Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirchen und Verbände sind mit dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung wichtige Akteure der nachhaltigen urbanen in ein Umland eingebetteten Entwicklung. Sie sollen sich am öffentlichen Dialog über das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt Hanau beteiligen. Auch sollen sie sich eigenverantwortlich in ihren Entscheidungen und Maßnahmen an diesen Zielen orientieren.
2. Die ansässigen Unternehmen tragen für ihre Produktion und ihre Produkte die Verantwortung. Dazu gehört die Information der Verbraucher ebenso wie der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger über gesundheits- und umweltrelevante Eigenschaften der Produkte sowie über nachhaltige Produktionsweisen. Jeder Verbraucher trägt die Verantwortung für die Auswahl des Produkts und dessen sozial und ökologisch verträgliche Nutzung.
3. Erneuerbare Naturgüter (wie zum Beispiel Holzbestände) dürfen auf Dauer nur im Rahmen ihrer Fähigkeit zur Regeneration genutzt werden. Nicht erneuerbare Naturgüter (von Flora und Fauna durch Flächenverbrauch) müssen in vollem Umfang an anderer Stelle ersetzt werden.
4. Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit sind zu vermeiden.
5. Der durch technische Entwicklungen und den internationalen Wettbewerb ausgelöste Strukturwandel soll wirtschaftlich erfolgreich sowie ökologisch und sozial verträglich gestaltet werden. Zu diesem Zweck sind die Politikfelder so zu integrieren, dass wirtschaftliches Wachstum, hohe Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Umweltschutz Hand in Hand gehen.
6. Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Verkehrsleistung müssen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Zugleich ist anzustreben, dass der wachstumsbedingte Anstieg der Nachfrage nach Energie, Ressourcen und Verkehrsleistungen durch Effizienzgewinne mehr als kompensiert wird.
7. Auch die öffentlichen Haushalte sind der Generationengerechtigkeit verpflichtet. Bund, Länder und Kommunen sollen möglichst bald ausgeglichene Haushalte aufstellen und in einem weiteren Schritt kontinuierlich den Schuldenstand abbauen.
8. *entfällt*

9. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, soll Armut und sozialer Ausgrenzung soweit wie möglich vorgebeugt werden. Allen Bevölkerungsschichten werden Chancen eröffnet, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen. Alle sollen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben.
10. *entfällt*

2.2. Indikatoren und Ziele auf Bundesebene

Die Bundesregierung hat - wie weiter oben bereits ausgeführt - 21 Indikatoren und Ziele in vier Bereiche gegliedert:

- I. Generationengerechtigkeit,
- II. Lebensqualität,
- III. Sozialer Zusammenhalt und
- IV. Internationale Verantwortung.

Diese Einteilung soll auch die kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren und Ziele gliedern. Es wird zunächst eine Übersicht über die Indikatoren und Ziele auf Bundesebene gegeben, wobei auf den Ausweis des aktuellen Status (wie er sich im Indikatorenbericht 2008 findet) verzichtet werden soll. Der (dennoch) angezeigte Status soll hier eine mögliche Relevanz für die kommunale Ebene anzeigen. (Die Definitionen der Indikatoren finden sich im Anhang.) Bei der Beurteilung der Relevanz stand die Frage nach der „Beeinflussbarkeit“ durch die kommunale Ebene im Vordergrund. Die getroffene „Auswahl“ ist somit keine Prioritätensetzung oder gar eine Geringschätzung der bei der Auswahl nicht berücksichtigter Indikatoren und Ziele.

Die Indikatoren und Ziele (der Bundesregierung) im Einzelnen:

I. Generationengerechtigkeit

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status
1a	Ressourcenschonung <i>Ressourcen sparsam und effizient nutzen</i>	Energieproduktivität	Verdoppelung von 1990 bis 2020	X ²⁷
1b		Rohstoffproduktivität	Verdoppelung von 1994 bis 2020	
2	Klimaschutz <i>Treibhausgase reduzieren</i>	Treibhausgasemissionen	Reduktion um 21% gegenüber 1990 bis 2008/2012	X
3a	Erneuerbare Energien <i>Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen</i>	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch	Anstieg auf 4,2% bis 2010 und 10% bis 2020	
3b		Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch	Anstieg auf 12,5% bis 2010 und mindestens 30% bis 2020	X
4	Flächeninanspruchnahme <i>Nachhaltige Flächennutzung</i>	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	Reduzierung des täglichen Zuwachses auf 30 ha bis 2020	X
5	Artenvielfalt <i>Arten erhalten - Lebensräume schützen</i>	Artenvielfalt und Lebensqualität	Anstieg auf den Indexwert 100 bis 2015	X
6	Staatsverschuldung <i>Haushalt konsolidieren - Genera-</i>	Staatsdefizit	Strukturell ausgeglichener Staatshaushalt; Bundeshaushalt spätestens	X

²⁷ geeignet

	<i>rationengerechtigkeit schaffen</i>		ab 2011 ohne Nettokreditaufnahme	
7	Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge <i>Gute Investitionsbedingungen schaffen - Wohlstand erhalten</i>	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP	Steigerung des Anteils	(X) ²⁸
8	Innovation <i>Zukunft mit neuen Lösungen gestalten</i>	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	Steigerung auf 3% des BIP bis 2010	
9a	Bildung <i>Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern</i>	18- bis 24jährige ohne Abschluss	Verringerung des Anteils auf 9% bis 2010 und 4,5% bis 2020	X
9b		25-Jährige mit abgeschlossener Hochschulausbildung	Steigerung des Anteils auf 10% bis 2010 und 20% bis 2020	
9c		Studienanfängerquote	Erhöhung auf 40% bis 2010, anschließend weiterer Ausbau und Stabilisierung auf hohem Niveau	

II. Lebensqualität

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status
10	Wirtschaftlicher Wohlstand <i>Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern</i>	BIP je Einwohner	Wirtschaftliches Wachstum	
11a	Mobilität <i>Mobilität sichern - Umwelt schonen</i>	Gütertransportintensität	Absenkung auf 98% gegenüber 1999 bis 2010 und auf 95% bis 2020	x
11b		Personentransportintensität	Absenkung auf 90% gegenüber 1999 bis 2010 und auf 80% bis 2020	
11c		Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung	Steigerung auf 25% bis 2015	
11d		Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterabfertigung	Steigerung auf 14% bis 2015	
12a	Landbewirtschaftung <i>In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren</i>	Stickstoffüberschuss	Verringerung bis auf 80 kg/ha landwirtschaftlich genutzter Fläche bis 2010, weitere Absenkung bis 2020	(x)
12b		Ökologischer Landbau	Erhöhung des Anteils des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf 20% in den nächsten Jahren	
13	Luftqualität <i>Gesunde Umwelt erhalten</i>	Schadstoffbelastung der Luft	Verringerung auf 30% gegenüber 1990 bis 2010	
14a	Gesundheit und Ernährung <i>Länger gesund leben</i>	Vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle pro 100.000 Einwohner unter 65 Jahren) Männer	Rückgang auf 190 Fälle pro 100.000 bis 2015	(x)
14b		Vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle pro 100.000 Einwohner unter 65 Jahren) Frauen	Rückgang auf 115 Fälle pro 100.000 bis 2015	
14c		Raucherquote von Jugendlichen (12 bis 17 Jahre)	Absenkung auf unter 12% bis 2015	
14d		Raucherquote von Erwachsenen (ab 15 Jahre)	Absenkung auf unter 22% bis 2015	
14e		Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) (Erwachsene, ab 18 Jahre)	Rückgang bis 2020	
15	Kriminalität	Wohnungseinbruchdiebstahl	Rückgang der Fälle auf unter	X

²⁸ bedingt geeignet

	<i>Persönliche Sicherheit weiter erhöhen</i>		100.000 pro Jahr bis 2015	
--	--	--	---------------------------	--

III. Sozialer Zusammenhalt

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status
16a 16b	Beschäftigung <i>Beschäftigungsniveau steigern</i>	Erwerbstätigenquote insgesamt (15 bis 64 Jahre) Erwerbstätigenquote Ältere (55 bis 64 Jahre)	Erhöhung auf 73% bis 2010 und 75% bis 2020 Erhöhung auf 55% bis 2010 und 57% bis 2020	(x)
17a 17b	Perspektiven für Familien <i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern</i>	Ganztagsbetreuung für Kinder 0- bis 2-Jährige Ganztagsbetreuung für Kinder 3- bis 5-Jährige	Anstieg auf 30% bis 2010 und 35% bis 2020 Anstieg auf 30% bis 2010 und 60% bis 2020	X
18	Gleichberechtigung <i>Gleichberechtigung in der Gesellschaft fördern</i>	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Verringerung des Abstandes auf 15% bis 2010 und auf 10% bis 2020	(x)
19	Integration <i>Integrieren statt ausgrenzen</i>	Ausländische Schulabgänger mit Schulabschluss	Erhöhung des Anteils der ausländischen Schulabgänger mit mindestens Hauptschulabschluss und Angleichung an die Quote deutscher Schulabgänger bis 2020	x

IV. Internationale Zusammenarbeit

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status
20	Entwicklungszusammenarbeit <i>Nachhaltige Entwicklung unterstützen</i>	Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen	Steigerung auf 0,51% bis 2010 und 0,7% bis 2015	(x)
21	Märkte öffnen <i>Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern</i>	Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern	Weiterer Anstieg	(x)

2.3. Indikatoren und Ziele verschiedener Kommunen

Die Stabsstelle Umwelt/Agenda 21 hat die Nachhaltigkeitsberichte folgender vier Städte ausgewertet: Baden-Baden (2004), Konstanz (2004), Ladenburg (2007) und Walldorf (2007). Die Auswertung findet sich im Anhang als „**Analyse ausgewählter Nachhaltigkeitsberichte: Zusammenfassung**“.

Eine erste Betrachtung ergibt, dass die Städte in der Regel folgende Untergliederungen vornehmen. Die Zahlen in den Klammern geben zunächst die Anzahl der „Kriterien/Ziele“ und dann der Indikatoren an.

Baden-Baden: Ökologie (6/6), Ökonomie (6/6), Gesellschaft und Soziales (6/6), Partizipation (6/6) und Planung für die Zukunft (1/0). Konstanz: Ökologie (7/11), Ökonomie (10/16), Soziales / Gesellschaft (5/8) und Partizipation (9/11). Ladenburg: Ökologie (6/6), Ökonomie (6/6), Soziales / Gesellschaft (6/6) und Partizipation (4/4). Walldorf: Umwelt

(7/16), Klimaschutzoption (5/6), Nachhaltige Finanzen, Ökologie (6/15), Ökonomie (6/10), Gesellschaft und Soziales (6/13), Partizipation (6/16) und Stadt in Zahlen.

Die Gliederungen sind ähnlich, ebenso die Zahl der Ziele, eine Ausdifferenzierung erfolgt bei den Indikatoren.

- Ökologie:

Alle vier dargestellten Kommunen nennen unter Zielen die Stichworte (1) „Abfallmengen“, (2) „Schonender Umgang“ mit nicht erneuerbaren Ressourcen“, (3) „Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen“ und (4) „Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität“. Sie ordnen folgende Indikatoren zu: (1) Siedlungsabfälle in kg / Einwohner, (2) Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter, (3) Stromverbrauch der privaten Haushalte in Millionen Kilowattstunden und (4) Anzahl der Personenkraftwagen je 1.000 Einwohner.

Darüber hinaus gibt es (einzelne) Ausdifferenzierungen wie: Siedlungsdichte, Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften, Reinigungsleistung der Kläranlage nach Schadstoffen, Produktion von Strom aus erneuerbaren Energieträgern, Qualität der Oberflächengewässer und Personen - Kilometer im ÖPNV. Nur Konstanz nennt als Ziel „Erhaltung der biologischen Vielfalt“.

- Ökonomie:

Die vier dargestellten Kommunen nennen als Ziele: (1) „Gleichmäßige Verteilung der Arbeit“, (2) „möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad“, (3) ausgeglichene Wirtschaftsstruktur“ (4) „gesunde Struktur des öffentlichen Haushaltes“, (5) „Preisniveaustabilität“ und (6) „Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes“. Diesen Zielen werden folgende Indikatoren zugeordnet: (1) Arbeitslosenquote (Frauen / Männer), (2) Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Lebensmittel auf dem Wochenmarkt, (3) Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, (4) Kommunale Schulden je Einwohner, (5) Baulandpreise und Preisindex der Mieten sowie (6) Anzahl der Unternehmen mit Öko Audit.

Konstanz geht darüber hinaus und führt unter dieser Rubrik weitere Ziele und Indikatoren an: „Bekämpfte Armut“ - Zahl der Empfänger laufender Hilfen zum Lebensunterhalt; „Hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau“ - Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden; „Gelungene Integration in das Bildungssystem“ - Zahl der Schulabgänger nach Bildungsabschluss sowie „Attraktivität als Wohnort“ - Zu- / Wegzüge / Wanderungssaldo.

Walldorf benennt noch das Steuereinkommen pro Einwohner als einen Indikator für eine gesunde Haushaltsstruktur.

- **Gesellschaft und Soziales:**

Hier gibt es durchaus interessante „Abweichungen“. Allen vier Kommunen ist „nur“ das Ziel „Hohes Sicherheitsniveau“ mit dem Indikator bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner gemeinsam. Zwei Kommunen benennen den Indikator Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1.000 Einwohner.

Die Kommunen Baden-Baden, Ladenburg und Walldorf kennen als (gemeinsame) Ziele: (1) „gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen“, (2) „Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur“ sowie ein (3) „hohes Gesundheitsniveau“. Es werden folgende Indikatoren zugeordnet: (1) Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, (2) Zahl der Zu- / Fortzüge / Wanderungssaldo pro 1.000 Einwohner, (3) Anzahl der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen.

Drei Kommunen benennen als Ziel „hohes kulturelles Angebot“ und ordnen die Indikatoren Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Einwohner, sowie bestand an Medien in der Bibliothek, den Bibliotheken; Zahl der Museumsbesucher, Kinos und Theater jeweils je 1.000 Einwohner sowie kommunale Ausgaben für Kultur je 1.000 Einwohner und Anzahl der kulturellen Einrichtungen zu.

- **Partizipation:**

In den vier dargestellten Kommunen gibt es hinsichtlich von vier Zielen eine Übereinstimmung: (1) „hohes ehrenamtliches Engagement“, (2) hohes demokratisches Engagement“, (3) Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit“ und (4) „Gleichberechtigte Teilhabe / Förderung von Frauen am öffentlichen Leben“. Zuordnung der Indikatoren: (1) Zahl der eingetragenen Vereine (alle) und Kommunale Zuschüsse an Vereine und Selbsthilfegruppen je 1.000 Einwohner sowie Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden. (2) Wahlbeteiligung, (3) Kommunale Ausgaben für Entwicklungsarbeit in Prozent des kommunalen Haushaltes sowie Anzahl der Aktiven in „Dritte-Welt-Gruppen“ und Anteil der „fairwerteten“ Altkleider am Gesamtaufkommen der Altkleidersammlung(en).

Baden-Baden und Ladenburg nennen in dieser Sparte darüber hinaus als Ziele und Indikatoren: „Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen“ - Kommunale Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushaltes bzw. Anteil der Ganztagsplätze bezogen auf die Gesamtzahl der Kinder im Alter

von 3 bis 14 Jahren; sowie Jugendarbeitslosigkeit und Anzahl der im Jugendparlament Aktiven und „Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess“ - Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner.

Die Stadt Konstanz fächert Ziele und Indikatoren stärker auf: „Verstärkter Einsatz kinder- und jugendspezifischer Beteiligungsformen“ - Spezifischer Einsatz von Beteiligungsformen in der Kinder- und Jugendarbeit; „Förderung der Teilnahme von SeniorInnen am öffentlichen Leben“ - Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Stadtseniorenrat in Prozent der Wahlberechtigten; „Förderung der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen“ - Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 geleistete ehrenamtliche

Arbeit in Stunden pro Jahr und Anzahl der Agenda-Interessierten; „Förderung der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen“ - TeilnehmerInnen an Zukunftswerkstätten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 - nach verschiedenen Gruppen; „Förderung der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen“ - Bürgerbeteiligung im Stadtmarketing nach Mitgliedern in Themengruppen.

Es darf festgehalten werden, dass es zwischen den dargestellten Kommunen keine gravierenden Abweichungen gibt, sowohl Ziele als auch Indikatoren ähnlich gesetzt und ausgewählt wurden.

Interessant ist festzustellen, dass das Ziel „Gesundheitsniveau“ in keiner der dargestellten Kommunen mit Indikatoren wie etwa der Versorgung der Einwohner mit Ärzten und Pflegeeinrichtungen oder der Klinikversorgung differenzier wird.

Auf eine Bewertung der Ziele im Einzelnen soll hier zwar verzichtet werden; der Hinweis auf die „Beeinflussbarkeit“ bzw. die „Hohheit“ hinsichtlich der Zielerreichung bzw. des Zielerreichungsgrades sei gestattet. Am Beispiel Ziel „gerechte Verteilung von Arbeit“ wird deutlich, dass die Grenzen eines solchen Zieles für eine Kommune relativ eng gezogen auf die in ihrem Stadtgebiet ansässigen Unternehmen ist; insbesondere dann, wenn die Unternehmungen Teil größerer (nationaler / internationaler) Einheiten sind. Die Kommune kann hier „nur“ durch eine „geschickte“ Wirtschaftsförderungspolitik Ansiedlungen bzw. Standortsicherungen betreiben und versuchen, dadurch auf die Anzahl der Arbeitsplätze Einfluss zu nehmen. Ähnlich gilt dies für die Ziele „Preisniveaustabilität“ oder „regionaler Versorgungsgrad“. Die Kommune kann hier durch ggf. Befreiung von Marktgebühren für lokale Erzeuger deren Teilnahme am Wochenmarktgeschehen versuchen zu befördern,

jedoch tatsächlich nicht selbst herstellen. Anders sieht es mit dem „eigenen“ kommunalen Haushalt aus. Hier ist jedoch der Indikator „kommunale Schulden je Einwohner“ mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten. Der (absolute) Schuldenstand einer Kommune sagt nicht unbedingt etwas über deren Prosperität aus. Hier muss auch das kommunale Vermögen (Immobilien, Grundstücke, Beteiligungen) je 1.000 Einwohner Berücksichtigung finden. Neben den Zielen und den Indikatoren wird es von Interesse sein, **WIE** die Ziele erreicht werden (können) und wie sich die Indikatoren auch über die Zeit zu entwickeln haben.

2.4. Leitbild der Stadtentwicklung Hanau

Am 16. Februar 1998 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hanau das „Leitbild der Stadtentwicklung Hanau“²⁹ beschlossen. „Das Leitbild umfasst einen Zeithorizont von zunächst fünfzehn Jahren.“ - also bis 2013.

Das Leitbild ist in vier Kapitel

- Die Stadt Hanau in der Rhein-Main-Region
- Die Stadt Hanau als Wirtschaftszentrum und Lebensraum
- Leben in der Stadt und
- Räumliche und zeitliche Prioritäten der Stadtentwicklung

gegliedert.

In der Präambel werden auf die Ergebnisse der Konferenz von Rio und auf das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung Bezug genommen. Es werden die drei gleichberechtigten Dimensionen: ökologisch, sozial und wirtschaftlich verträgliche Entwicklung aufgeführt und Prinzipien für das städtische Handeln postuliert:

²⁹ Magistrat der Stadt Hanau (Hrsg.): Leitbild der Stadtentwicklung Hanau, Hanau 1998

Um diese Ziele gleichberechtigt zu erreichen, muß sich städtisches Handeln an folgenden Prinzipien orientieren:

- Steigerung der Leistungsfähigkeit kommunaler Verwaltung, nachhaltige Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt.
- Verpflichtung kommunaler Ämter und Unternehmen auf die Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung.
- Stärkung der Koordinations- und Kommunikationsfähigkeit städtischer Verwaltung und Gremien, um Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, private Kapitalgeber und gesellschaftliche Gruppen an der Erreichung der oben genannten Ziele zu beteiligen.
- Weitere Demokratisierung kommunaler Entscheidungsprozesse und partnerschaftliche Zusammenarbeit der städtischen Gremien und Verwaltung mit Vereinen, Initiativen, Kirchen und anderen freien Trägern.

Im Folgenden wird u.a. die Zusammenarbeit in der Region als eine Grundlage angesehen, eine Einwohnerzahl von 100.000 als „realistische Perspektive“ benannt. Die Bedeutung des Dienstleistungssektors wird betont und die Rückgewinnung von aus Hanau verlagerten Arbeitsplätzen angestrebt. „Ansiedlungsvorhaben großflächiger Einzelhandelsbetriebe an der Peripherie werden restriktiv behandelt.“ (Seite 11) Die kommunalen Wohnungsbestände sollen durch eine „sozialverträgliche Modernisierung“ in ihrer „Attraktivität gesteigert“ werden. Freiräume sollen erhalten bleiben. Die städtebaulichen Eigenarten der einzelnen Stadtbereiche sollen erhalten werden, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt verbessert sowie Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten auch und gerade für ältere und beeinträchtigte Menschen geschaffen werden. Der ÖPNV soll weiter stadtteil- und zielgruppenbezogen ausdifferenziert werden. Sport, Kultur, Bildung und Soziales werden in ihren Bedeutungen und Bedeutungszusammenhänge gesehen bzw. gestellt. Die Themen Gesundheit und Sicherheit werden kurz angesprochen.

Hinsichtlich der „Schwerpunkte der Entwicklung“ wird abschließend ausgeführt:

Räumliche und zeitliche Prioritäten der Stadtentwicklung

Schwerpunkte der Entwicklung

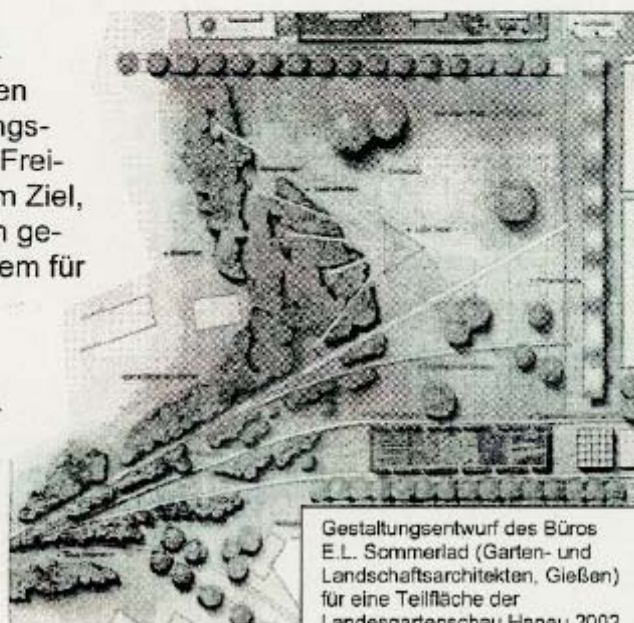
Das Schwergewicht der städtebaulichen Entwicklung soll nicht im Außenbereich, sondern im Innenbereich liegen. Die weitreichenden Möglichkeiten der Innenentwicklung Hanaus entlasten den Außenbereich von neuen Bauvorhaben und bieten die Chance, Fehlentwicklungen und ökologische Belastungen im Innenstadtbereich abzubauen.



Abbrucharbeiten auf ehemaligen Militärfächen im Lamboygebiet

Zu den Schwerpunkten der städtebaulichen Entwicklung zählen die Bereiche Hauptbahnhof und Westbahnhof, die Konversionsflächen im Lamboygebiet und ehemalige Industrieflächen insbesondere in Klein-Auheim und Großauheim.

Mit der Wiederbelebung der Industriebrachen und Militärfächen zu neuen Baugebieten wird die Entwicklung wohnungsnaher und bedarfsgerechter Freiflächen einhergehen, mit dem Ziel, das Innenstadtgrün zu einem geschlossenen Freifächensystem für alle Altersgruppen zu entwickeln.



Gestaltungsentwurf des Büros E.L. Sommerlad (Garten- und Landschaftsarchitekten, Gießen) für eine Teilfläche der Landesgartenschau Hanau 2002

Maßnahmen der Wohnungsbestandspflege und Wohnumfeldverbesserung sind insbesondere erforderlich in Teilen der Innenstadt, der Weststadt, dem nördlichen Lamboygebiet und im Stadtteil Südost.

Weitere Baugebiete am Stadtrand sind in Großauheim, Klein-Auheim und Mittelbuchen vorgesehen.

2.5. Der Agenda 21 - Prozess in der Stadt Hanau

Im September 2002 werden unter dem Titel - **Agenda 21 - Leitbild „Märchenhaftes Hanau“** - die Ergebnisse des Agenda 21 -Prozesses vorgelegt und 45 favorisierte Maßnahmen vorgestellt.

Es folgt die Gliederung der Vorlage. In den einzelnen Themen (1 bis 23) sind jeweils die favorisierten Maßnahmen als Agenda 21 Leitlinie aufgeführt.

- **Präambel**
- **Natur und Umwelt**

Thema 01: Natürliche Ressource Boden

- (1) In der Stadt Hanau wird die Minimierung des Bodenverbrauchs öffentlicher Grünflächen ausgeübt.

Thema 02: Natürliche Ressource Wasser

Thema 03: Natürliche Ressource Luft

Thema 04: Innerstädtisches Grün

- (2) Das innerstädtische Grün wird in Hanau kontinuierlich vermehrt.

Thema 05: Naturschutzgebiete und ökologisch wertvolle Areale

- (3, 4) Die Stadt Hanau anerkennt ihre Verantwortung für die langfristige Erhaltung, Sicherung und Entwicklung der Tier- und Pflanzenwelt insbesondere der gefährdeten Arten, im Stadtgebiet.

Thema 06: Wald

- (5) Der Wald bleibt in seinem überragenden Wert für Klima, Gewässer, Menschen, Tier und Pflanzen unangetastet.

Thema 07: Klima

- (6) Die Möglichkeiten zur Einsparung von klimabelastender Energienutzung sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich werden optimal genutzt.

- (7) Die Stadt Hanau unterstützt Gewerbe und Industrie bei der Reduzierung von Emissionen, auf das vertretbare Maximum.

- (8) Bei der Bebauung in der Stadt wird auf das lokale Stadtklima geachtet.

Thema 08: Energie

Thema 09: Abfall

Thema 10: Lärm

- (9) Die Stadt Hanau stellt gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) Lärminderungspläne für die einzelnen Stadtteile auf.

Thema 11: Umweltbildung

- (10) Erhaltung und Weiterführung des Umweltzentrums nach Beendigung der Landesgartenschau; hierzu erforderlich: Einrichtung einer Ganztagsstelle durch die Stadt.

• Stadtentwicklung und Verkehr

Thema 12: Stadtentwicklung

- (11) Nutzung des Marktplatzes (Handwerkermarkt, feste Marktstände, mobile Bühne, Gastronomie)

- (12) „Internationaler Markttag“ / „Regionalmarkt“ auf dem Altstädter Markt

- (13, 14) Die innerstädtischen Naturräume werden für die Freizeitnutzung attraktiv gestaltet

Thema 13: Verkehr

- (15) Umweltverbund, Reduzierung Ausstoß CO², Verringerung Verkehrslärm

- (16) Verkehrsführung optimieren, Parkleitsystem

- (17) Radwegenetz knüpfen

- (18) Unfallschwerpunkte reduzieren

- (19) Ausbau verkehrsberuhigter Zonen
- (20) Förderung des Radverkehrs: Radverkehrsbeauftragter und Radverkehrskommission

• Wirtschaft, Gewerbe und Einzelhandel

Thema 14: Wirtschaft und Gewerbe

- (21) Einführung von Staffelmieten für Ladenflächen
- (22) Ansiedlungen von Existenzgründern fördern
- (23) Beratung von Existenzgründern

Thema 15: Einzelhandel

• Soziale Zukunft

Soziale Präambel

Thema 16: Kinder

Thema 17: Jugend

Thema 18: Frauen

- (24) Die Stadt Hanau berücksichtigt bei allen Entscheidungsprozessen die Gleichberechtigung von Frauen; paritätische Besetzung der Gremien

Thema 19: Integration

- (25) Konzept für Integrationspolitik
- (26) Integrationsbeauftragter
- (27) Die Stadt Hanau erarbeitet ein Integrationskonzept
- (28) Die Stadt fördert Maßnahmen, welche die Toleranz gegenüber zugezogenen Bürgern stärken. Die Maßnahmen vermitteln die Gewissheit, in dieser Stadt willkommen zu sein und unterstreichen die grundsätzliche Wertschätzung gegenüber den Menschen.
- (29) Die Stadt Hanau fördert den Freiraum zur kulturellen Selbstbestimmung unter Wahrung bestehender Gesetze und die wechselseitige Kommunikation zwischen Bürgern unterschiedlicher Kulturen.

Thema 20: Alltagskultur[^]

- (30) Die Stadt Hanau entwickelt zu allen Leitlinien jeweils Indikatoren
- (31) Hanau gewinnt durch die gezielte Umsetzung eines ganzen Maßnahmenbündels das Profil einer „freundlichen Stadtgesellschaft“
- (32) Servicecenter für soziale Dienstleistungen (Wickelräume, Hol-, Bringdienste u.ä.)
- (33) Concièrgestellen in Wohnanlagen
- (34) Hanauer Kalender der Kulturen (Festkalender)
- (35) Die Hanauer Bürger/innen empfinden sich gerne als „Hanauer“ und „Hanauerinnen“. Sie identifizieren sich mit ihrer Stadt und ihren Stadtteilen in Geschichte und Zukunft (Entwicklung einer Historienachse)

Thema 21: Bildung, Kultur, Kommunikation

- (36) Hanau fördert das Bildungsklima in der Stadt Hanau(
- (37) Die „Kultur“ in Hanau bezieht die Kulturen der Migranten ein.

Thema 22: Politische Glaubwürdigkeit

- (38) Bereits in der Entwurfsphase von Planungen wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt
- (39) Die Stadt Hanau zeigt Bürgernähe und macht Verwaltungsvorgänge transparent. Sie fördert die Partizipation der Bevölkerung an Entwicklungsprozessen der Stadt über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus und fördert somit die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Sie informiert ihre Bürger/innen auf differenzierte Weise.
- (40) Clearingstelle für Management von Anregungen und Beschwerden
- (41) Einrichtung weiterer Stadtteilläden
- (42) Konzepte und Planungen der Stadt Hanau werden möglichst zeitnah umgesetzt.
- (43) Alle verantwortlichen politischen Entscheidungsträger in der Stadt Hanau arbeiten sachorientiert und parteiübergreifend für eine nachhaltige Stadtentwicklung zusammen („Hanauer Aktie“ für Agenda Maßnahmen)

• Globale Partnerschaft

Thema 23: Internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung / Städtepartnerschaften

- (44) Die Stadt Hanau fördert und stärkt geeignete Strukturen einer nachhaltigen internationalen Armutsbekämpfung. Sie schließt dabei ökologisch, ökonomisch und sozial gerechte Konzept ein, prüft daraufhin kommunale Entscheidungen und richtet sie so weit möglich danach aus.
- (45) Die Stadt Hanau initiiert und fördert auf besondere Weise eine auf internationale Bezüge ausgerichtete Entwicklungs- und Bildungsarbeit

2.6. Stadtentwicklungsprozess „Modell Hanau - Zukunft mit Bürgern“

Im Jahr 2002 beschloss der Aufsichtsrat der Baugesellschaft Hanau ein „Stadtentwicklungskonzept auf der Grundlage eines Zukunftsbildes zusammen mit der Stadt erarbeiten zu lassen“.³⁰ Die Ziele des Stadtentwicklungsprozesses in Hanau sollten darin bestehen:

- die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Hanau zu verbessern,
- sie noch attraktiver zu gestalten und zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger, Besucher und Gäste noch zielgerichteter als bisher zu entwickeln und
- die bereits hohe Lebensqualität nicht nur zu erhalten, sondern konsequent und effektiv zu erhöhen.

Die Erreichung dieser Ziele sollten unterstützt werden durch:

- einen breit angelegten Dialog und Austausch von Meinungen,
- bürgernah angelegte Gespräche zum Erkennen, Erfassen und Lösen der Probleme von Hanau,
- intensive, offene Kommunikation der Meinungs- und Interessenträger aus Stadtverordnetenversammlung, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft.

Es wurde ein Institut beauftragt zur Durchführung des Prozesses und ein sogenannter „bottom-up-Ansatz“ gewählt.

Die Ergebnisse sollten Aufschluss über die „in den nächsten zwei Jahrzehnten“ (also bis 2022) zu erwartenden Entwicklungen des Wohnungsmarktes und der damit verbundenen, sich ergebenden Konsequenzen hinsichtlich anderer Handlungs- und Entwicklungsfelder aufzeigen. Es begann mit einer Analysephase, die die Stärken und Schwächen aufzeigen sollte aus der erste Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung abgeleitet werden sollten.

³⁰ DMG - Die Marketing Gesellschaft mbH: Stadtentwicklung Hanau - Kommentierte Auswertung Analyseergebnisse, Frankfurt/Main 2002

Die Gesamtdokumentation vom Januar 2003 zeigt dann mehr ein „Wünsch Dir was“ der beteiligten Bürgerinnen und Bürger; weniger den Ansatz einer strategischen Ausrichtung und Aufstellung einer Entwicklungspolitik; von der Frage der Nachhaltigkeit ist ganz zu schweigen.

3. Ziele, Indikatoren sowie Maßnahmen und Projekte

Nun steht die Verdichtung an.

3.1. Grundlagen

Die Erarbeitung, Umsetzung und Beobachtung einer lokalen Nachhaltigkeitsstrategie kann sich gut an dem orientieren und ausrichten, was es anderer Stelle bzw. Ebene bereits gibt. Die zentralen Fragen des Fortschrittsberichts 2008 der Bundesregierung heißen auf lokaler Ebene:

**Wie wollen wir heute und in Zukunft - *in unserer Stadt* - leben? Wie kommen wir unserer Verantwortung nach - *regional und überregional* / national wie international?
Wo steht unsere *Stadt* heute?**

Ein nachhaltiges Hanau für uns, unsere Kinder und Enkel - darum geht es bei der Nachhaltigkeitsstrategie. Nachhaltigkeit hat Generationengerechtigkeit und damit die Sicherung einer lebenswerten Zukunft gegenwärtiger und kommender Generationen als Maßstäbe politischen Handelns. (nach Frau Dr. Merkel)

„Wo liegen die Belastungsgrenzen natürlicher - **urbaner** - Systeme?“ Und „Wie muss sich der **Bürger** verhalten, um langfristig im Einklang mit den Rahmenbedingungen, die die Natur - **und die Stadtgrenzen und städtischen Handlungsmöglichkeiten** - ihm setzt, zu leben?“ (nach Tremmel: Bevölkerungspolitik ...)

Fazit: Die Grundlagen für eine lokale Nachhaltigkeitsstrategie unterscheiden sich nicht von den Grundlagen regionaler und / oder nationaler Strategien.

Dies gilt auch für das Konzept und die Strukturen. Managementregeln | Ziele und Indikatoren | Monitoring können ebenso gut auf die lokale Ebene transformiert werden wie die Strukturen bzw. Strukturelemente wie z.B. die Einrichtung eines **Lokalen Rates für eine Nachhaltige Entwicklung der Stadtgesellschaft**.

Es liegt darum auch nahe, sich an der Gliederung des Indikatorenberichts zu orientieren:

- I. Generationengerechtigkeit,
- II. Lebensqualität,
- III. Sozialer Zusammenhalt und
- IV. Internationale Verantwortung.

Ausgehend von den 21 Zielen und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung werden diese durch die vergleichenden Ergebnisse **Analyse ausgewählter Nachhaltigkeitsberichte** der Stabsstelle Umwelt/Agenda 21 ersetzt und ergänzt und ggf. mit lokalen Besonderheiten „angereichert“. Abweichend von den bisher bekannten Matrizen, soll in der Hanauer Matrix auch die Frage der Umsetzung mit berücksichtigt und ggf. Projekte und Maßnahmen benannt, Handlungsempfehlungen gegeben werden.

3.2. Matrix einer lokalen Nachhaltigkeitsstrategie für Hanau aus demografischer Sicht

I. Generationengerechtigkeit

Indikatorenbereiche der Bundesregierung:

- Ressourcenschonung: *Ressourcen sparsam und effizient nutzen*
- Klimaschutz: *Treibhausgase reduzieren*
- Erneuerbare Energien: *Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen*
- Flächeninanspruchnahme: *Nachhaltige Flächennutzung*
- Artenvielfalt: *Arten erhalten - Lebensräume schützen*
- Staatsverschuldung: *Haushalt konsolidieren - Generationengerechtigkeit schaffen*
- Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge: *Gute Investitionsbedingungen schaffen - Wohlstand erhalten*
- Innovation: *Zukunft mit neuen Lösungen gestalten*
- Bildung: *Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern*

I.1. Lokaler Umwelt- und Naturschutz (Ökologie):

Nr.	Indikatoren-bereiche Nachhaltigkeits-postulat	Indikatoren	Ziele	Status
1	Bodenflächen-verbrauch	<u>Flächenbilanz:</u> (bebaut / unbepflanzt): <ul style="list-style-type: none"> • Wohnbaugrundstücke • Gewerbe-/Industrieflächen • Grünflächen • Naherholungsflächen • Waldflächen 	Verfügbare Bodenflächen in allen Sparten durch Verkauf und Zukauf in Qualität und Quantität in öffentlicher Hand erhalten	
2	Wasser-verbrauch	<u>Wasserbilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Grundwasserkapazität • Brunnenwasserkapazität • Wasserimport • Oberwasserkapazitäten <u>Verbrauch von Trinkwasser / Einwohner in Litern in privaten Haushalten</u>	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt der Grund-, Brunnen-, und Oberwasserkapazitäten • Senkung des Wasserimports • Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs in privaten Haushalten und in Unternehmen 	

		<u>Verbrauch von Trinkwasser / Beschäftigtem in Litern in Unternehmen</u>		
3	Stromverbrauch	<u>Strombilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Verbrauch von Strom / Einwohner in Kilowattstunden in privaten Haushalten • Verbrauch von Strom / Beschäftigtem in Kilowattstunden in Unternehmen • Anteil selbsterzeugten Stroms • Anteil ökologisch erzeugten Stroms 	<ul style="list-style-type: none"> • Begrenzung bzw. Reduzierung des Stromverbrauchs in privaten Haushalten und in Unternehmen • Eigenproduktion von ökologischem Strom 	
4	Abfall	<u>Abfallbilanz:</u> Rest-, Papier-, Wertstoffmüll, Grünabfall Sperrmüll, Elektroschrott, Schrott und Chemikalien je / Einwohner in kg in privaten Haushalten und je / Beschäftigtem in kg in Unternehmen	Begrenzung bzw. Reduzierung des Abfallaufkommens in privaten Haushalten und in Unternehmen	
5	Mobilität	<u>Mobilitätsbilanz:</u> Anzahl der zugelassenen Personen- und Lastkraftwagen sowie Nutzfahrzeuge und Booten nach Schadstoffklassen je 1.000 Einwohner bzw. pro 1.000 Beschäftigte	Begrenzung bzw. Reduzierung der zugelassenen Fahrzeuge und Boote in privaten Haushalten und Unternehmen	
6	Naturschutz	<u>Biotop- und Renaturierungsbilanz</u>	Verfügbare Biotop- und Renaturierungsflächen sichern und ausbauen	

• Maßnahmen / Projekte:

- 1: Kommunales Maklerbüro, das sich am Markt bewegt und durch seine Aktivitäten selbst finanziert.
- 2: Prämien / Belobigungen / Auszeichnungen für dauerhaft nachgewiesenen abgesenkten Trinkwasserverbrauch
- 3: Prämien / Belobigungen / Auszeichnungen für dauerhaft nachgewiesenen abgesenkten Stromverbrauch
Ausstattung aller Gebäude der Kommune und ihrer Unternehmen mit Solardächern
Anmietung von Dachflächen von privaten Eigentümern für die Errichtung von Solaranlagen
- 4: Abrechnung der Müllgebühren nach tatsächlich angefallenen kg Restmüll
- 5: Umstellung der Busfahrzeuge, des Fuhrparks des Eigenbetrieb Hanau Verkehr und Entsorgung sowie der Fahrzeuge der städt. Unternehmen auf Elektro- / Hybridmotoren
Durchführung Pilotprojekt „CAR2GO“
- 6: selbsterklärend

1.2. Lokale Ökonomie:

Nr.	Indikatoren-bereiche Nachhaltigkeits-postulat	Indikatoren	Ziele	Status
1	Öffentliche Einnahmen und Ausgaben	<u>Einnahmen- / Ausgabenbilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Verwaltungshaushalt • Vermögenshaushalt (Investitionen) • Finanzhaushalt (Kreditmanagement) Einnahmearten pro Einwohner / Beschäftigter Ausgabearten pro Einwohner / Beschäftigter	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilisierung bzw. Erhöhung der Einnahmen pro Einwohner / Beschäftigtem • Begrenzung bzw. Abflachung der Ausgaben im Verwaltungs- und Finanzhaushalt pro Einwohner bzw. Beschäftigtem • Stabilisierung der Investitionssumme 	
2	Öffentliches Vermögen	Bewertung öffentlichen Vermögens	Erhalt und werterhaltende Pflege des öffentlichen Vermögens	
3	Innovation und Investition	Private und öffentliche Ausgaben für Investitionen, Forschung und Entwicklung	Verstetigung der Ausgaben für Innovation und Investition	
4	Arbeitsmarkt	Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer und Arbeitslose nach Alter, Qualifikation,	Wirtschaftliche Ausgewogenheit und Wirtschaftsförderung sowie einer wirtschaftsorientierten	

		Betriebszugehörigkeit und Dauer der Arbeitslosigkeit und Geschlecht sowie Bildungsabschluss	Gewerbesteuerpolitik	
5	Wohnungsmarkt	<u>Wohnungsmarktbilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> Anzahl der Wohneinheiten in Mehr- bzw. Einfamilienhäusern Eigentumsquote Bestand sozial geförderter Wohnungen Bestand Wohnungswirtschaft Preisindex für Mietpreise / Quadratmeter 	Angebot einer angemessenen ausgewogenen Struktur an Wohnangeboten für alle Einwohner u.a. durch (lokale Programme einer) Wohnungsbauförderung und einer Bodenpreispolitik (durch lokales Management; An- und Verkauf von Liegenschaften mit entsprechenden Auflagen)	
6	Regionaler Selbstversorgungsgrad	<u>Marktbeschickerbilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> Anzahl der Selbsterzeuger Anzahl der „Händler“ mit Großmarktprodukten / Importeure 	Ausbau des Angebotes von regional erzeugten Produkten nach „natürlichen“ Gesichtspunkten	

• Maßnahmen / Projekte:

- 1: selbsterklärend
- 2: Neues Kommunales Rechnungswesen
- 3: Schaffung eines Gründerpreises
- 4: Anreize für Erhalt und Ansiedlung über Hebesatz der Gewerbesteuer und Grundstücksvergabe
- 5: kommunales Förderprogramm zur Stärkung des Mietwohnungsbau und des genossenschaftlichen Bauens
- 6: Differenzierung der Standgebühren für die Marktbeschicker

I.3. Lokale Bildung:

Nr.	Indikatoren-bereiche Nachhaltigkeits-postulat	Indikatoren	Ziele	Status
1	Schulabschlüsse	<u>Schulabschlussbilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Lernhilfe nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund Ausgaben pro Schüler nach Schularten 	Jede Schülerin und jeder Schüler soll einen qualifizierten Schulabschluss erwerben können.	
2	Ausbildungsabschlüsse	<u>Ausbildungsabschlussbilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> Gewerbliche Ausbildungsabschlüsse nach Berufssparte, Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund 	Jeder Auszubildende und jeder Auszubildende soll einen Ausbildungsabschluss erwerben können.	
3	Lebenslanges Lernen	<u>Fortbildungsbilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der Bildungseinrichtungen in öffentlicher, freier und / oder privater Trägerschaft nach Alter Geschlecht und Migrationshintergrund sowie Wohnort Ausgaben für die Erwachsenenbildung / Einwohner <u>Preisstruktur der Angebote</u>	<p>Jede Einwohnerin und jeder Einwohner muss die Chance zur Teilhabe an ihm gemäßen Bildungsveranstaltungen haben.</p> <ul style="list-style-type: none"> Verstetigung der Aufwendungen; mehr Nutzer / Besucher und Verbesserter Zugang 	
4	Theater	<u>Besucherbilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen des Sprech- und Musiktheaters nach Alter Geschlecht und Migrationshintergrund sowie Wohnort Ausgaben für Theaterveranstaltungen pro Einwohner <u>Preisstruktur der Angebote</u>	<p>Jede Einwohnerin und jeder Einwohner muss die Möglichkeit der Teilhabe am kulturellen Leben haben.</p> <ul style="list-style-type: none"> Verstetigung der Aufwendungen; mehr Nutzer / Besucher und Verbesserter Zugang 	
5	Museen	<ul style="list-style-type: none"> Anzahl der Besucher für jedes Museum nach Alter Geschlecht und Migrationshintergrund sowie Wohnort 	Jede Einwohnerin und jeder Einwohner muss die Chance haben, ein Museum zu besuchen.	

		<ul style="list-style-type: none"> • Ausgaben pro Einwohner <u>Preisstruktur der Angebote</u>	<ul style="list-style-type: none"> • Verstetigung der Aufwendungen; mehr Nutzer / Besucher und Verbesserter Zugang 	
6	Bibliothek	<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der Nutzer der Bibliotheken nach Alter Geschlecht und Migrationshintergrund sowie Wohnort • Ausgaben pro Einwohner • Medienbestand (Bücher, CD) <u>Preisstruktur der Angebote</u>	<p>Jede Einwohnerin und jeder Einwohner muss die Chance haben, die Bibliothek für seine Zwecke zu nutzen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verstetigung der Aufwendungen; mehr Nutzer / Besucher und Verbesserter Zugang 	
7	„alternative“ Kultur / Kulturangebote	<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der privaten Kulturinitiativen und deren Mitglieder / Beteiligte • Ausgaben pro Einwohner für diese Sparte 	Jede Einwohnerin und jeder Einwohner muss bei seiner Entwicklung seiner Persönlichkeit eine Unterstützung erfahren.	
8	Schulangebote	<u>Bilanz der Ganztagschulangebote</u>	Jede Schülerin und jeder Schüler muss von der Grundschule an bis zum Erwerb eines qualifizierten Schulabschlusses die Möglichkeit zu einem „echten“ Ganztagschulbesuch haben.	

• Maßnahmen / Projekte:

- 1: Förderung lernschwacher Schüler über ergänzende Angebote der Kinder- und Jugendarbeit - Hausaufgabenhilfen durch ehrenamtliche /semiprofessionelle Kräfte mit Anleitung von Fachkräften
- 2: Förderung lernschwacher Schüler über ergänzende Angebote der Jugendberufshilfe - Hilfen durch ehrenamtliche /semiprofessionelle Kräfte mit Anleitung von Fachkräften
- 8: selbsterklärend

II. Lebensqualität

Indikatorenbereiche der Bundesregierung:

- **Wirtschaftlicher Wohlstand:** *Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern*
- **Mobilität:** *Mobilität sichern - Umwelt schonen*
- **Landbewirtschaftung:** *In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren*
- **Luftqualität:** *Gesunde Umwelt erhalten*
- **Gesundheit und Ernährung:** *Länger gesund leben*
- **Kriminalität:** *Persönliche Sicherheit weiter erhöhen*

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status
1	Wirtschaftlicher Wohlstand	<ul style="list-style-type: none"> • durchschnittliche Einkommen • Anzahl der Arbeitsplätze pro 1.000 Einwohner • Anzahl der Einwohner je 1.000 Arbeitsplätze 	Wirtschaftliche Stabilität	
2	Mobilität	<u>Radwegenetz:</u> <ul style="list-style-type: none"> • km insgesamt und pro Einwohner • Anzahl der Stellplätze insgesamt und pro Einwohner <u>ÖPNV:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Gefahrene km der HSB insgesamt und pro Einwohner • Anzahl der Fahrgäste insgesamt und pro 1.000 Einwohner 	Ausbau auf ? festzulegendes ? Niveau	
3	Landbewirtschaftung	<u>Kleingartenbilanz:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Kleingartenanlagen • Zahl der Parzellen in Kleingartenanlagen 	Ausbau der Kleingartenflächen	

		<ul style="list-style-type: none"> Kleingartenfläche in qm pro Einwohner 		
4	Luftqualität	<u>CO²-Emissionen</u> <ul style="list-style-type: none"> Hanauer Straßenbahn AG Fuhrpark Eigenbetrieb Hanau Verkehr und Entsorgung Fuhrpark allgemein jeweils je gefahrenem Kilometer	Verringerung der Emissionen um ???% bis 2013	
5	Gesundheit und Ernährung (Es fehlt der Bereich „Sport“.)	<ul style="list-style-type: none"> Anteil der übergewichtigen Kinder bei Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchung Anzahl der ausgegebenen „gesunden“ Mittagsmahlzeiten in den Kindertageseinrichtungen und Schulen 	Verringerung der Anzahl der übergewichtigen Kinder	
6	Sicherheit (Kriminalität)	<ul style="list-style-type: none"> Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1.000 Einwohner 	Rückgang der Straftaten Rückgang der Verkehrsunfälle	

• Maßnahmen / Projekte:

- 1: siehe: Maßnahmen / Projekte „Lokale Ökonomie“ Nr. 4
- 2: Fahrradverleih - Fahrradparkhäuser an zentralen Plätzen in der Stadt
Kombiticket Park & Ride: Parkschein berechtigt zur Nutzung der Busse der HSB und von Verleihfahrrädern
eigenständige und einheitlich gestaltete, niveaugleiche und ausgeschilderte Radwege
- 3: Wohnungsvermietung an Kleingartennutzung koppeln
- 4: siehe Lokale Ökologie Maßnahmen / Projekte Nr. 5
- 5: selbsterklärend
- 6: Präsenz von Sicherheitskräften in den Zeiten und an den Orten, an denen eine Schwerpunktbildung zu beobachten ist
Entschärfung von Unfallschwerpunkten durch Straßenbaumaßnahmen

III. Sozialer Zusammenhalt

Indikatorenbereiche der Bundesregierung:

- Beschäftigung: *Beschäftigungsniveau steigern*
- Perspektiven für Familien: *Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern*
- Gleichberechtigung: *Gleichberechtigung in der Gesellschaft fördern*
- Integration: *Integrieren statt ausgrenzen*

Nr.	Indikatoren-bereiche Nachhaltigkeits-postulat	Indikatoren	Ziele	Status
1	Beschäftigung	siehe Lokale Ökonomie		
2	Perspektiven für Familien	<ul style="list-style-type: none"> Ganztagsbetreuung für Kinder 0 bis unter 3 Jahren Ganztagsbetreuung für Kinder von 3 bis unter 6 Jahren Ausgaben je Kind in Kindertageseinrichtungen und in % Anteil am städt. Haushalt Anzahl der Familien- und Jugendarbeiter in „Mehrgenerationenhäusern“ pro 1.000 Einwohner 	Stabilität und Entwicklung der Angebote in Qualität (und Quantität)	

		<ul style="list-style-type: none"> • Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit je 1.000 Kinder / Jugendliche und in % Anteil am städt. Haushalt • Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe je 1.000 Kinder / Jugendliche und in % Anteil am städt. Haushalt • Anzahl der Beratungsstellen in freier und öffentlicher Trägerschaft • Anzahl der hauptamtlich beschäftigten Fachkräfte in Beratungsstellen je 1.000 Einwohner • Ausgaben für die Beratungsstellen je 1.000 Einwohner und in % Anteil am Haushalt 		
3	Gleichberechtigung	<u>Anteil Frauen / Männer:</u> <ul style="list-style-type: none"> • in Organen der kommunalen Selbstverwaltung • in Aufsichtsräten kommunaler Gesellschaften • in Vorständen kommunaler Gesellschaften 	Ausgewogenes Verhältnis	
4	Integration	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ausländische Schulabgänger mit Schulabschluss 2. Anteil Frauen / Männer mit Migrationshintergrund in den Organen der kommunalen Selbstverwaltung, in Aufsichtsräten und Vorständen kommunaler Gesellschaften 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Angleichung an die Quote an die der Quote deutscher Schulabgänger 2. Ausgewogenes Verhältnis 	
5	Partizipation	<u>Ehrenamtliches Engagement:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der Vereine pro 1.000 Einwohner • Anzahl der Mitglieder in den Vereinen pro 1.000 Einwohner • Anteil der städt. Förderung von Vereinen <ol style="list-style-type: none"> a) je Einwohner b) je Mitglied und c) in % am Umfang des Haushaltes • Anzahl der Selbsthilfegruppen pro 1.000 Einwohner • Anzahl der Mitglieder in Selbsthilfegruppen pro 1.000 Einwohner • Anteil der Städt. Förderung von Selbsthilfegruppen <ol style="list-style-type: none"> a) je Einwohner b) je Mitglied und c) in % am Umfang des Haushaltes • Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Umwelt- und Naturschutz pro 1.000 Einwohner • Anzahl der Bürgerbeteiligungsprozesse und der beteiligten Bürger je 1.000 Einwohner • Anzahl der Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse und der beteiligten Jugendlichen je 1.000 Jugendlichen • Anzahl der Beteiligungsprozesse des Seniorenbeirates und des -forum je 1.000 Einwohner über 60 Jahre 	Stabilisierung und Ausbau	

• Maßnahmen / Projekte:

- 1: siehe: Maßnahmen / Projekte „Lokale Ökonomie“ Nr. 4
- 2: selbsterklärend
- 3: selbsterklärend
- 4: selbsterklärend
- 5: selbsterklärend

IV. Internationale Zusammenarbeit

Indikatorenbereiche der Bundesregierung:

- Entwicklungszusammenarbeit: *Nachhaltige Entwicklung unterstützen*
- Märkte öffnen: *Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern*

Nr.	Indikatoren- bereiche Nachhaltigkeits- postulat	Indikatoren	Ziele	Status
1	Entwicklungs- zusammenarbeit	Anteil kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in % am städt. Haushalt	Förderung von Projekten	
2	Märkte öffnen	<ul style="list-style-type: none"> • Absatzzahlen des Dritte Weltladens • Anteil der in den Organen der Selbstverwaltung und der städt. Unternehmen verarbeiteten Produkten des „fairen Handels“ • Förderung von Initiativen des fairen Handels in € je 1.000 Einwohner 	Ausbau	

- Maßnahmen / Projekte:

1: selbsterklärend

2: selbsterklärend

4. Literatur- und Quellenverzeichnis

- Jörg Tremmel: Bevölkerungspolitik im Kontext ökologischer Generationengerechtigkeit, 2005
- Zitiert nach: Lexikon der Nachhaltigkeit; Hrsg.: Aachener Stiftung Kathy Beys
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Wegweiser Nachhaltigkeit 2005 - Bilanz und Perspektive; Kabinettsbeschluss vom 10. August 2005
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie - Für ein nachhaltiges Deutschland; download: <http://fetcher.fw-notify.net/0000000443-1640971328/2008-05-08-fortschrittsbericht-2008,property=publicationFile.pdf>
- Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland - Indikatorenbericht 2008
- Katrin Nolte u. a.: Kooperieren - aber wie? Ein Leitfaden zum Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen Lokalen-Agenda-21-Initiativen und Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft, Juni 2008
- Magistrat der Stadt Hanau (Hrsg.): Leitbild der Stadtentwicklung Hanau, Hanau 1998
- DMG - Die Marketing Gesellschaft mbH: Stadtentwicklung Hanau - Kommentierte Auswertung Analyseergebnisse, Frankfurt/Main 2002

Anhang:

Definitionen des DUDEN

Im „Duden - Deutsches Universalwörterbuch“ finden wir folgende Definitionen:

nach|hal|tig <Adj.>:

1. sich auf längere Zeit stark auswirkend: einen -en Eindruck hinterlassen; jmdn. n. beeinflussen; etw. wirkt sich n. aus.
2. (Forstw.) die Nachhaltigkeit betreffend, auf ihr beruhend: -e Forstwirtschaft.

Nach|hal|tig|keit, die; -:

1. längere Zeit anhaltende Wirkung.
2. (Forstw.) forstwirtschaftliches Prinzip, nach dem nicht mehr Holz gefällt werden darf, als jeweils nachwachsen kann.

Im „Duden - Das Synonymwörterbuch“ heißt es unter **nachhaltig**: anhaltend, auf lange/längere Sicht, dauerhaft, eindringlich, einschneidend, entscheidend, entschieden, fühlbar, fortgesetzt, fortwährend, für lange/längere Zeit, merklich, spürbar, wirksam.

Im „Duden - Das Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache“ wird ausgeführt:

nachhaltig »lange nachwirkend, stark«:

Das seit dem Ende des 18. Jh.s bezeugte Adjektiv ist eine Ableitung von dem heute veralteten Substantiv Nachhalt »etwas, das man für Notzeiten zurückbehält, Rückhalt«, das zu dem gleichfalls veralteten nachhalten »andauern, wirken« (vgl. nach und halten) gehört.

Im „Duden - Die deutsche Rechtschreibung“ können wir nachlesen:

nach|hal|tig

(sich für länger stark auswirkend; Ökologie nur in dem Maße, wie die Natur es verträgt; Jargon nur so groß, viel, dass zukünftige Entwicklungen nicht gefährdet sind)

Definitionen der Indikatoren

- Statistisches Bundesamt, Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2008, Seite 68ff

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
1a	Energieproduktivität (Index, 1990 = 100)	Energieproduktivität = Bruttoinlandsprodukt/Primärenergieverbrauch. Die Energieproduktivität drückt aus, welche Menge an Primärenergie (in Petajoule) eingesetzt wurde, um eine Einheit Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro, preisbereinigt) zu erwirtschaften.
1b	Rohstoffproduktivität (Index, 1994 = 100)	Rohstoffproduktivität = Bruttoinlandsprodukt/Einsatz von abiotischem Primärmaterial. Die Rohstoffproduktivität drückt aus, welche Menge abiotischen Primärmaterials (in Tonnen) eingesetzt wurde, um eine Einheit Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro, preisbereinigt) zu erwirtschaften. Zum abiotischen Primärmaterial zählen die im Inland entnommenen Rohstoffe, ohne land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, sowie alle importierten abiotischen Materialien (Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren).
2	Treibhausgasemissionen (Index, Basisjahr = 100)	Emissionen folgender Treibhausgase (Stoffe oder Stoffgruppen) gemäß Kyoto-Protokoll: Kohlendioxid (CO ₂), Methan (CH ₄), Distickstoffoxid (N ₂ O), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC) und Schwefelhexafluorid (SF ₆). Das Basisjahr ist 1990 für CO ₂ , CH ₄ , N ₂ O und 1995 für HFC, PFC, SF ₆ . Berechnung auf Basis der Datenbank ZSE (Zentrales System Emissionen) des Umweltbundesamtes unter Berücksichtigung weiterer energiestatistischer Informationen.
3a, b	Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch (%)	Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Primärenergieverbrauch (3a) und Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch (3b). Zu den erneuerbaren Energien zählen u. a. Wasserkraft, Windkraft, Fotovoltaik, Solarenergie und Geothermie, aber auch Biomasse wie Brennholz und der biologisch abbaubare Anteil von Haushaltsabfällen.
4	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (ha/Tag)	Durchschnittlicher täglicher Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Dieser wird bestimmt durch die Division des Anstiegs der Siedlungs- und Verkehrsfläche (in Hektar) in einer bestimmten Zeitspanne (ein Jahr oder vier Jahre) durch die Anzahl der betreffenden Tage (365/366 oder 1461). Der gleitende Vierjahresdurchschnitt berechnet sich jeweils aus der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in dem betreffenden und den vorangegangenen drei Jahren. Da auf ein einzelnes Jahr bezogene Aussagen derzeit durch externe Effekte (Umstellungen in den amtlichen Liegenschaftskatastern) beeinflusst sind, spiegelt der gleitende Vierjahresdurchschnitt die langfristige Entwicklung besser wider.
5	Artenvielfalt und Landschaftsqualität (Index, 2015 = 100)	Bezogen auf den angestrebten Zielwert 100, der bis zum Jahr 2015 erreicht werden soll, zeigt der Indikator den Entwicklungsstand als Index (Prozentanteil des Zielwertes). Der Wert für den „Gesamtindikator“ wird berechnet aus dem Grad der Erreichung der Bestandsziele, die für insgesamt 59 Vogelarten für das Zieljahr festgelegt wurden. Die dem Indikator zugrunde liegenden Vogelarten repräsentieren die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland (Agrarland, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten/Meere sowie die Alpen). Die Größe der Bestände spiegelt die Eignung der Landschaft als Lebensraum für die ausgewählten Vogelarten wider. Da neben Vögeln auch andere Arten an eine reichhaltig gegliederte Landschaft mit intakten, nachhaltig genutzten Lebensräumen gebunden sind, bildet der Indikator indirekt auch die Entwicklung zahlreicher weiterer Arten in der Landschaft und die Nachhaltigkeit der Landnutzung ab.
6	Staatsdefizit (%)	Staatsausgaben abzüglich Einnahmen (von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
7	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP (%)	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt). Zu den Bruttoanlageinvestitionen zählen die Anlagearten Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten), Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge, Geräte) und Sonstige Anlagen (immaterielle Anlagegüter, wie Software und Urheberrechte, Grundstücksübertragungskosten, Nutztiere).
8	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung (%)	Ausgaben für Forschung und Entwicklung von Wirtschaft, Staat und Hochschulen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.
9a	18- bis 24-Jährige ohne Abschluss (%)	Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die gegenwärtig keine Schule oder Hochschule besuchen und sich auch an keiner Weiterbildungsmaßnahme beteiligen <i>und</i> nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulreife bzw. abgeschlossene Berufsausbildung) verfügen, an allen 18- bis 24-Jährigen. Auch Absolventen der Sekundarstufe I, die anschließend keinen beruflichen Abschluss oder keine Hochschulreife erlangt haben und sich nicht mehr im Bildungsprozess befinden, werden zu den frühen Schulabgängern gezählt. Personen ohne und mit Hauptschulabschluss sind also einbezogen.
9b	25-Jährige mit abgeschl. Hochschulbildung (%)	Anteil der 25-Jährigen, die eine Hochschulausbildung abgeschlossen haben, an allen 25-Jährigen.
9c	Studienanfängerquote (%)	Anteil der Studienanfänger (aus dem In- und Ausland, an Hochschulen außer Verwaltungsfachhochschulen) im ersten Hochschulsesemester an der altersspezifischen Bevölkerung. Der Indikator gibt an, wie hoch der Anteil eines Bevölkerungsjahrgangs ist, der ein Hochschulstudium aufnimmt. Er ist speziell für den internationalen Vergleich konzipiert und wird nach OECD-Standard berechnet.
10	BIP je Einwohner (Euro)	Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Einwohner.

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
11a	Gütertransportintensität (Index, 1999 = 100)	Gütertransportintensität = Güterbeförderungsleistung (in Tonnenkilometern)/Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt. Dabei geht es um jegliche Beförderung von Gegenständen und alle Nebenleistungen im Inland. Neben der Güterbeförderungsleistung wird ergänzend auch die Energieeffizienz betrachtet (absoluter Energieverbrauch und Energieverbrauch je Tonnenkilometer).
11b	Personentransportintensität (Index, 1999 = 100)	Personentransportintensität = Personenbeförderungsleistung (in Personenkilometern)/Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt). Basis sind jegliche Beförderungen von Personen und alle Nebenleistungen im Inland. Neben der Personenbeförderungsleistung wird ergänzend auch die Energieeffizienz betrachtet (absoluter Energieverbrauch und Energieverbrauch je Personenkilometer).
11c, d	Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt (%)	Anteil der Güterbeförderungsleistung der Bahn (11c) sowie Anteil der Binnenschifffahrt (11d) an der gesamten Güterbeförderungsleistung im Inland ohne den Nahverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge bis 50 km.
12a	Stickstoffüberschuss (kg/ha)	Stickstoffüberschuss = Stickstoffzufuhr (im Wesentlichen durch Dünge- und Futtermittel, biologische N-Fixierung, atmosphärische Deposition und Saatgut) minus Stickstoffabfuhr (über pflanzliche und tierische Marktprodukte) in Kilogramm pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. In dem nach dem Prinzip der „Hofter-Bilanz“ ermittelten Gesamtsaldo für das Kalenderjahr sind die aggregierten Mengen an eingesetztem Stickstoff enthalten, die nicht durch Agrarprodukte den Agrarsektor verlassen haben. Der gleitende Dreijahresdurchschnitt berechnet sich jeweils aus dem Gesamtsaldo in dem betreffenden Jahr sowie dem des Vor- und dem des Folgejahres.
12b	Ökologischer Landbau (%)	Anteil der Anbaufläche ökologisch wirtschaftender Betriebe, die dem Kontrollverfahren der EU-Öko-Verordnung unterliegen an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Der Indikator umfasst sowohl die auf den ökologischen Landbau umgestellten als auch die noch in der Umstellung befindlichen Flächen.
13	Schadstoffbelastung der Luft (Index, 1990 = 100)	Zu den Luftschadstoffen zählen hier folgende Stoffe oder Stoffgruppen: Schwefeldioxid (SO ₂), Stickstoffoxide (NO _x), Ammoniak (NH ₃) und flüchtige organischen Verbindungen (NMVOC). Ungewichtetes Mittel der Indizes der vier genannten Luftschadstoffe.
14a, b	Vorzeitige Sterblichkeit (Fallzahl je 100 000)	Todesfälle in der männlichen (14a) und weiblichen (14b) unter 65-jährigen Bevölkerung bezogen auf 100 000 Einwohner der standardisierten Bevölkerung (von 1987) unter 65 Jahren, inkl. der unter 1-jährigen. Die Berechnung berücksichtigt, dass es durch die demografische Entwicklung in Deutschland immer mehr ältere Menschen über 65 Jahre gibt und liefert eine über die Jahre vergleichbare Zeitreihe.
14c, d	Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen (%)	Anteil der befragten 12- bis 17-jährigen (Raucherquote von Jugendlichen, 14c) sowie Anteil der Befragten im Alter von 15 Jahren und mehr (Raucherquote von Erwachsenen, 14 d), die gelegentlich oder regelmäßig rauchen, an den jeweils insgesamt Befragten der entsprechenden Altersgruppe.
14e	Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) (%)	Anteil der Erwachsenen (im Alter ab 18 Jahren) mit Adipositas an der Bevölkerung gleichen Alters. Die Einstufung als adipös (fettleibig) ergibt sich aus dem Body-Mass-Index (BMI), d. h. dem Verhältnis von Körpergewicht in Kilogramm zum Quadrat der Körpergröße in Metern. Menschen mit einem BMI ab 30 gelten nach der Klassifikation der WHO als fettleibig. Alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede bleiben unberücksichtigt.

Reportage zum demografischen Wandel in Hanau
Die Nachhaltigkeit in der (lokalen) Politik aus demografischer Sicht

15	Wohnungseinbruchsdiebstahl (Fallzahl)	Anzahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle, die der Polizei jährlich angezeigt werden (§ 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB).
16a, b	Erwerbstätigenquote (%)	Anteil der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren (16a) und im Alter zwischen 55 und 64 Jahren (16b) an der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Die EU-Arbeitskräfteerhebung deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch Personen in Gemeinschaftsunterkünften aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.
17a,b	Ganztagsbetreuung für Kinder (%)	Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung (mehr als sieben Stunden, ohne Tagespflege) an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe: 0- bis 2-Jährige (17a) sowie 3- bis 5-Jährige (17b).
18	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (%)	Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der Frauen und Männer in Prozent der Verdienste der Männer.
19	Ausländische Schulabgänger mit Schulabschluss (%)	Anteil ausländischer Schulabgängerinnen und Schulabgänger von allgemein bildenden Schulen mit Schulabschluss (d. h. mindestens Hauptschulabschluss) im Berichtsjahr an allen ausländischen Schulabgängern des Berichtsjahres.
20	Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen (%)	Anteil der Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ODA (Official Development Assistance) am Bruttonationaleinkommen. Zur ODA zählen vor allem Ausgaben für die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (z. B. Vereinte Nationen, EU, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken). Daneben sind auch der Erlass von Schulden sowie bestimmte Ausgaben für Entwicklung im Geberland, etwa Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern oder Ausgaben für entwicklungsspezifische Forschung, auf die ODA anrechenbar. Grundlage ist die jährliche Meldung an den Entwicklungsausschuss der OECD.
21	Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern (Euro)	Wert der Einfuhren aus Entwicklungsländern nach Deutschland ohne Einfuhren aus den sogenannten fortgeschrittenen Entwicklungsländern, aber inklusive der europäischen Entwicklungsländer (z. B. Albanien, Weißrussland, Türkei). Basis für die Festlegung der Entwicklungsländer ist die Länderliste des DAC (Development Assistance Committee) der OECD.

Anlage: Analyse ausgewählter Nachhaltigkeitsberichte: Zusammenfassung

	Kriterien / Ziele	Indikatorenübersicht	Relevanz f. Hanau
	Baden-Baden 2004		
Aufbau/Bezug		Agenda 21, Lokale Agenda 21, Nachhaltigkeit messen, Indikatoren	
Ökologie	Abfallmengen	Siedlungsabfälle in kg / EW	
	Schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen	Bodenfläche nach Nutzungsarten in % der Gesamtfläche	
	Schutz der Natur und Artenvielfalt	Naturschutzgebiete in Prozent der Gesamtfläche	
	Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen	Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter / Tag	
	Möglichst niedriger Energieeinsatz	Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh / EW	
	Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität	Anzahl der PKW pro 1000 EW	
Ökonomie	Gleichmäßige Verteilung von Arbeit	Arbeitslosenquote differenziert nach Männern und Frauen	
	Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad	Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Lebensmittel auf dem Wochenmarkt	
	Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen	
	Hohe Preisniveaustabilität	Baulandpreise / Bauland in Euro/qm	
	Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte	Kommunale Schulden je EW in Euro	
	Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	Anzahl der Unternehmen mit ÖkoAudit	
Gesellschaft und Soziales	Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen	Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner	
	Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung 27	Schulabgänger nach Abschlussart	
	Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur	Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo	
	Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung	Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der zwei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Einwohner	
	Hohes Gesundheitsniveau 30	Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen	
	Hohes Sicherheitsniveau	Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner	
Partizipation	Hohes ehrenamtliches Engagement	Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner	
	Hohes demokratisches Engagement	Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament	
	Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit	Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts	
	Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben	Anteil der Frauen im Kommunalparlament	
	Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts	
	Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess	Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner	
Planung für die Zukunft	Einbindung der Gremien und weitere Zieldefinitionen		

	Kriterien / Ziele	Indikatorenübersicht	Relevanz f. Hanau
	Konstanz 2004		
Aufbau	Aufbau / Vorwort / Bezug		
Ökologie	Geringe Abfallmengen	Abfallmengen in kg je Einwohner und Jahr (Restmüllmengen ausschlaggebend)	
	Möglichst geringe Luftverschmutzung	Jahresmittelwerte und Grenzwertüberschreitungen der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid (NO ₂), Ozon (O ₃) und Schwebstaub bzw. Feinstaub (PM 10)	
	Schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen	Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche (Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche) Siedlungsdichte – Einwohnerzahl in Bezug zur Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen	Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag Reinigungsleistung der Kläranlage nach Schadstoffen	
	Möglichst geringer Energieeinsatz – Einsatz erneuerbarer Energien	Stromverbrauch der privaten Haushalte in Mio. kWh absolut und in kWh je Einwohner Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften Einsatz erneuerbarer Energien – Anteil erneuerbarer Energien am eigenerzeugten Strom in Prozent im Jahr 2002	
	Stärkung umwelt- und sozialverträglicher Mobilität	Anzahl der PKW je 1.000 Einwohner	
	Erhaltung der biologischen Vielfalt	Prozentualer Anteil von gemeldeten Natura 2000- Gebieten an der Gesamtfläche	
Ökonomie	Gerechte Verteilung von Arbeit	Arbeitslosenzahlen nach bestimmten Bevölkerungsgruppen absolut und in Prozent aller Arbeitslosen und lokale Nichtbeschäftigtenquote in Prozent	
	Hoher regionaler Selbstversorgungsgrad	Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Lebensmittel auf dem Wochenmarkt Verwendung regional erzeugter Lebensmittel in der Gastronomie	
	Gesunde Wirtschaftsstruktur	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben im Vergleich zur Anzahl in Großbetrieben	
	Lokale Preisniveaustabilität	Preisindex der Mieten	
	Gesunde Struktur öffentlicher Haushalte	Kommunale Schulden je Einwohner in Euro Zuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt	
	Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	Anzahl der Unternehmen mit Öko- Audit	
	Bekämpfte Armut	Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt – absolut und Anteil an der Gesamtbevölkerung in Prozent	
	Hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau	Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
	Gelungene Integration in das Bildungssystem	Zahl der SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss an Konstanzer Haupt- und Realschulen absolut und in Prozent aller SchulabgängerInnen an den genannten Schularten	

Reportage zum demografischen Wandel in Hanau
Die Nachhaltigkeit in der (lokalen) Politik aus demografischer Sicht

	Attraktivität als Wohnort	Zahl der Zu- und Fortzüge je 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo	
Soziales / Gesellschaft	Hohe kulturelle Vielfalt	Kommunale Ausgaben für Kultur je 1.000 Einwohner Anzahl kultureller Einrichtungen Anzahl der verkauften Theater- und Kinokarten in Relation zum Sitzplatzangebot	
	Hohes Sicherheitsniveau	Bekannt gewordenen Straftaten je Einwohner Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1.000 Einwohner	
	Integration von behinderten Menschen	Anteil der Beschäftigten der Stadt mit mindestens 50% Minderung der Erwerbsfähigkeit und gleichgestellter Personen an der Gesamtzahl städtischer Beschäftigter Arbeitslose Schwerbehinderte absolut und Arbeitslosenquote der Beschäftigten mit mindestens 50% Minderung der Erwerbsfähigkeit	
	Förderung familienfreundlicher Strukturen	Versorgungsquote bei Krippen, Kindergärten und Ganztageseinrichtungen nach Altersgruppen in Prozent	
	Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	Kommunale Ausgaben für Kinder und Jugendarbeit absolut und in Prozent des kommunalen Haushalts	
Partizipation	Hohes ehrenamtliches Engagement	Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner Kommunale Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen je 1.000 Einwohner	
	Hohes demokratisches Engagement	Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und Bürgerentscheiden in Prozent der Wahlberechtigten	
	Internationale Kooperation	Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts	
		Fairer Handel – Entwicklung der Absatzzahlen des fair gehandelten Kaffees „Konstanzer Mischung“	
	Förderung der Gleichberechtigung von Frauen	Anzahl von Frauen im Kommunalparlament absolut und Anteil in Prozent aller Mandatsträger	
	Verstärkter Einsatz kinder- und jugendspezifischer Beteiligungsformen	Spezifischer Einsatz von Beteiligungsformen in der Kinder- und Jugendarbeit	
	Förderung der Teilnahme von SeniorInnen am öffentlichen Leben	Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Stadtseniorenrat in Prozent der Wahlberechtigten	
	Förderung der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen	Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 geleistete ehrenamtliche Arbeit in Stunden pro Jahr und Anzahl der Agenda-Interessierten	
	Förderung der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen	TeilnehmerInnen an Zukunftswerkstätten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 – nach verschiedenen Gruppen	
	Förderung der Teilnahme am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen	ERGÄNZUNGSINDIKATOR: Bürgerbeteiligung im Stadtmarketing nach Mitgliedern in Themengruppen	

	Kriterien / Ziele	Indikatorenübersicht	Relevanz f. Hanau
--	--------------------------	-----------------------------	--------------------------

	Ladenburg 2007		
Ökologie	Geringe Abfallmengen A 1.1 Abfallaufkommen in Tonnen A 1.2 Abfallaufkommen in Prozente	Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner	
	Möglichst niedrige Luftverschmutzung (fehlt noch)	Veränderung des Bestandes an Flechten	
	Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen A 3.1 Bodenflächen nach Nutzungsarten	Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche	
	Erhaltung des Bestandes an erneuerbaren Ressourcen A 4.1 Wasserverbrauch privater Haushalte A 4.2 Wasserförderung / Wasserverbrauch	Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag	
	Möglichst niedriger Energie-Einsatz A 5.1 Energieverbräuche Bauhof A5.2 Stromverbrauch der privaten Haushalte	Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Einwohner	
	Umwelt und sozialverträgliche Mobilität A 6.1 Anzahl der PKW	Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner	
Ökonomie	Gleichmäßige Verteilung von Arbeit B1.1 Arbeitslosenzahlen	Arbeitslosenquote (differenziert nach Frauen und Männern)	
	Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad (fehlt noch)	Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt	
	Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur B3.1 Sozialversicherungspflichtige	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen	
	Hohe Preisniveaustabilität B 4.1 Bodenrichtwerte	Preisindex der Mieten	
	Gesunde Struktur der Öffentlichen Haushalte B 5.1 Verschuldung je Einwohner B 5.2 Verschuldung Nachbarkommunen B 5.3 Kommunalfinanzen	Kommunale Schulden je Einwohner in DM (1995 = 100)	
	Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes (fehlt noch)	Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit	
Gesellschaft / Soziales	Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen	Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner	
	Hohes Niveau von Aus und Weiterbildung Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden	Anzahl der Ausbildungsverhältnisse je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
	Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur Bevölkerungszu- bzw. Abnahme Bevölkerungsentwicklung	Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo	
	Hohes kulturelles Angebot (fehlt noch)	Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Einwohner	
	Hohes Gesundheitsniveau	Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen	
	Hohes Sicherheitsniveau Straftatenbelastung	Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner	
Partizipation	Hohes ehrenamtliches Engagement Mitglieder in Vereinen	Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner	

Reportage zum demografischen Wandel in Hanau
Die Nachhaltigkeit in der (lokalen) Politik aus demografischer Sicht

	Hohes demokratisches Engagement Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen	Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament	
	Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit Ausgaben für Patenschaften	Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts	
	Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben Frauen im Gemeinderat	Anteil der Frauen im Kommunalparlament	

	Kriterien / Ziele	Indikatorenübersicht	Relevanz f. Hanau
	Walldorf 2007	Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht	
	Entwicklung der kommunalen Umweltpolitik in Walldorf		
Umwelt	Natur in der Stadt	Stadt Begrünung Dachbegrünung	
	Natur um die Stadt	Biotop Feldholzinseln Krötentunnel Walldorfer Wiesen Roter Bruch	
	Natur und Recht	Bebauungspläne Waldzertifizierung – Schutzgebiete Vogelschutzgebiete Landschafts-Eingriff – Ausgleich, Ökokonto	
	Verkehr	Stadtbuslinien Verlegung der B 39	
	Entwicklung des Grundwasserstandes	Altlasten	
	Energieversorgung	Übernahme der Strom- / Gasversorgung	
	Bildung	Waldklassenzimmer	
Klimaschutz-konzeption	CO ₂ -Emissionen	Verkehr Beheizung und Warmwasser Stromverbrauch Stromerzeugung	
	Kommunales Energiemanagement		
	Energieberatung für Bürger und Gewerbetreibende		
	Umweltschutz im Betrieb	Betriebliches ÖkoAudit	
	Agenda 21	Arbeitskreise	
Nachhaltige Finanzen			
Indikatoren im Überblick			
Ökologie	Möglichst geringe Abfallmengen	Kg / Einwohner/in - Abfallfraktionen	
	Möglichst niedrige Luftverschmutzung –	Veränderung des Bestandes an Flechten	
	Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen	Bodenflächen nach Nutzungsarten in % der Gesamtfläche Flächenanteil von Naturschutzgebieten in % der Gesamtfläche Ökologisch bewirtschaftete Flächen im Verhältnis zu konventionell bewirtschafteten Flächen Anteil der Innenentwicklungsflächen (Baulücken, Brachflächen) an der Siedlungsfläche	
	Möglichst geringe Entnahme erneuerbaren Ressourcen	Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag	

		Qualität der Oberflächengewässer (Badegewässer) Anteil der Waldfläche mit deutlichen Schäden (Schadstufe 2–4) in %	
	Möglichst geringer Energieeinsatz	Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Einwohner Produktion von Strom aus regenerativen Energieträgern in % des Stromverbrauchs CO ₂ -Emissionen in kg pro Einwohner Energieverbrauch kommunaler Dienststellen und Betriebe in kWh pro Einwohner	
	Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität	Anzahl der Kfz pro 1.000 Einwohner Personen-km im ÖPNV pro Einwohner Kommunale Umweltausgaben	
Ökonomie	Gleichmäßige Verteilung von Arbeit	Arbeitslosenquote (differenziert nach Frauen und Männern) Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen	
	Möglichst hoher Selbstversorgungsgrad	Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt	
	Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen Anzahl der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben im Verhältnis zur Anzahl in Großbetrieben Einzelhandelsfläche pro Einwohner	
	Hohe Preisniveaustabilität	Verkaufspreis für Baugrundstücke in Euro pro m ²	
	Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte	Kommunale Schulden je Einwohner in Walldorf und Baden-Württemberg in Euro Steuerkraftsumme pro Einwohner, Vergleich von Walldorf und Baden-Württemberg Anteil der Personalausgaben im kommunalen Haushalt	
	Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit	
Gesellschaft und Soziales	Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen	Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner	
	Hohes Niveau an Aus- und Weiterbildung	Anzahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss Kommunale Ausgaben für Bildungseinrichtungen pro Schüler in Euro	
	Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur	Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo Altersgliederung der Bevölkerung Ein- und Auspendler im Verhältnis zu Gesamtbeschäftigten	
	Hohes kulturelles Angebot	Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Einwohner Bestand an Medien (Bücher, CD-ROMs) in nichtwissenschaftlichen öffentlichen Bibliotheken auf 1.000 Einwohner bezogen Zahl der Museumsbesucher Ausstattung mit Kinos und Theatern (Plätze je 1.000 Einwohner)	
	Hohes Gesundheitsniveau	• Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen	
	Hohes Sicherheitsniveau	Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1.000 Einwohner	

Reportage zum demografischen Wandel in Hanau
Die Nachhaltigkeit in der (lokalen) Politik aus demografischer Sicht

Partizipation	Hohes ehrenamtliches Engagement	Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner Zahl der Selbsthilfegruppen je 1.000 Einwohner Kommunale Zuschüsse an Vereine und Selbsthilfegruppen pro 1.000 Einwohner Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Umwelt- und Naturschutz	
	Hohes demokratisches Engagement	Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament Gesamtzahl der Mitglieder der im Kommunalparlament vertretenen Parteien in % der Gesamtzahl der Wahlberechtigten / Ausländerausschuss	
	Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit	Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit Anzahl der Aktiven in Dritte-Welt-Gruppen je 1.000 Einwohner Anteil der „fairverwerteten“ Altkleider an der Gesamtmenge der Altkleidersammlung	
	Gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben	Anteil der Frauen im Kommunalparlament Kommunale Ausgaben für frauenspezifische Förderprogramme Anteil der geringfügig beschäftigten Frauen an der Zahl der erwerbstätigen Frauen • Anteil von Frauen und Männern im Stellenkegel der Stadtverwaltung	
	Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	Kommunale Ausgaben für Kinder und Jugendliche Anteil der Ganztagesplätze (Kinderhort/-tagesstätte) bezogen auf die Gesamtzahl der Kinder im Alter zwischen 3 und 14 Jahren Jugendarbeitslosigkeit Anzahl der im Jugendparlament Aktiven	
	Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess	Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner	
Stadt in Zahlen			

Anlage: Die 10 Managementregeln der Nachhaltigkeit

Die Nachhaltigkeitsstrategie soll praktische Orientierung zu nachhaltigem Handeln von Politik und Gesellschaft erleichtern. Mit den Managementregeln der Nachhaltigkeit beschreibt sie Anforderungen an eine ökologisch, ökonomisch und sozial ausgewogene Entwicklung.

Grundregel:

- **Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Sie muss zugleich Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen treffen. Das gilt für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die wirtschaftliche Entwicklung, den sozialen Zusammenhalt und den demografischen Wandel.**

Die zehn Regeln:

1. Bürgerinnen und Bürger, Produzenten und Verbraucher, Wirtschaft und Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirchen und Verbände sind mit dem Staat wichtige Akteure der nachhaltigen Entwicklung. Sie sollen sich am öffentlichen Dialog über das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung beteiligen. Auch sollen sie sich eigenverantwortlich in ihren Entscheidungen und Maßnahmen an diesen Zielen orientieren.
2. Die Unternehmen tragen für ihre Produktion und ihre Produkte die Verantwortung. Dazu gehört die Information der Verbraucher über gesundheits- und umweltrelevante Eigenschaften der Produkte sowie über nachhaltige Produktionsweisen. Der Verbraucher trägt die Verantwortung für die Auswahl des Produkts und dessen sozial und ökologisch verträgliche Nutzung.
3. Erneuerbare Naturgüter (wie zum Beispiel Holz- oder Fischbestände) dürfen auf Dauer nur im Rahmen ihrer Fähigkeit zur Regeneration genutzt werden. Nicht erneuerbare Naturgüter (wie zum Beispiele Mineralien oder fossile Energieträger) dürfen auf Dauer nur in dem Umfang genutzt werden, wie ihre Funktionen durch andere Materialien oder durch andere Energieträger nicht ersetzt werden können. Die Freisetzung von Stoffen oder Energie darf auf Dauer nicht größer sein als die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme: zum Beispiel des Klimas, der Wälder und der Ozeane.
4. Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit sind zu vermeiden.
5. Der durch technische Entwicklungen und den internationalen Wettbewerb ausgelöste Strukturwandel soll wirtschaftlich erfolgreich sowie ökologisch und sozial verträglich gestaltet werden. Zu diesem Zweck sind die Politikfelder so zu integrieren, dass wirtschaftliches Wachstum, hohe Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Umweltschutz Hand in Hand gehen.
6. Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Verkehrsleistung müssen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Zugleich ist anzustreben, dass der wachstumsbedingte Anstieg der Nachfrage nach Energie, Ressourcen und Verkehrsleistungen durch Effizienzgewinne mehr als kompensiert wird.
7. Auch die öffentlichen Haushalte sind der Generationengerechtigkeit verpflichtet. Bund, Länder und Kommunen sollen möglichst bald ausgeglichene Haushalte aufstellen und in einem weiteren Schritt kontinuierlich den Schuldenstand abbauen.
8. Eine nachhaltige Landwirtschaft muss natur- und umweltverträglich sein. Sie muss die Anforderungen an eine tiergerechte Tierhaltung und den vorsorgenden, insbesondere gesundheitlichen Verbraucherschutz beachten.
9. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, soll Armut und sozialer Ausgrenzung soweit wie möglich vorgebeugt werden. Allen Bevölkerungsschichten werden Chancen eröffnet, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen. Alle sollen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben.
10. Die internationalen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass die Menschen in allen Ländern ein menschenwürdiges Leben nach ihren eigenen Vorstellungen führen können. Dabei sollen sie an den wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben. Umwelt und Entwicklung bilden eine Einheit. In einem integrierten Ansatz soll die Bekämpfung der Armut mit der Achtung der Menschenrechte, mit wirtschaftlicher Entwicklung, Schutz der Umwelt sowie verantwortungsvollem Regierungshandeln verknüpft werden.

In der Reihe

„Reportage zum demografischen Wandel in Hanau“

bisher veröffentlicht:

Schrift 1: Die Bevölkerungswissenschaft | aktuelle und langfristige Trends

Schrift 2: Die demografische Topografie 1999-2009

Schrift 3: Wohnen im Alter: Privatwohnen | Betreutes Wohnen

Schrift 4: Wohnen im Alter: Altengerechtes Wohnen und Betreutes Wohnen |
Qualitäten und Quantitäten

Schrift 5: Die Nachhaltigkeit in der (lokalen) Politik aus demografischer Sicht

Schrift 6: Wohnen im Alter: Institutionelles Wohnen und Lebensqualität

Schrift 7: Die demografische Biografie des Stadtteils Steinheim

Schrift 8: Die demografische Biografie des Wohnquartiers „Weiherfeld“